Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 928.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 42. Mittwoch, den 19. Februar 1902. 9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 17. Februar 1902.

Der Reichstag begann heute die zweite Lesung des Militäretats. Es lag eine Resolution Lenzmann vor, die das Duellwesen durch schärfere disziplinarische Bestrafung der Offiziere beseitigen will. Diese Resolution wurde von Lenzmann begründet. Der Redner war aber so inkonsequent, den Duellfreunden das Zugeständnis zu machen, daß es Fälle gäbe, wo das Duell unvermeidlich sei. Diese Inkonsequenz wurde von dem Ultramontanen Dr. Bachem mit Recht getadelt, der außerdem bei der Schaffung großer Lebungsplätze mehr Rücksicht auf die Bauern verlangte und sich über Pamphlete gegen die Jesuiten beklagte, die in der Armee verbreitet würden. Der Kriegsminister bestritt das letztere und hob hervor, daß eine Erhebung über die bessere Verteilung der Einquartierungslasten im Gange sei. Dann kam unser Genosse Bebel zum Wort, der Herrn Bachem zum Trost darauf aufmerksam machte, daß noch viel schlimmer als die Jesuiten die Sozialdemokraten in der Armee behandelt würden. Sie gelten geradezu als vogelrei. Unser Genosse rief, für die Lebungsplätze Staatsländereien zu benutzen oder Staatswaldungen auszuweisen. Dann kam er auf den im Jahre 1898 bereits besprochenen Fall des Hauptmanns Luthmer, der durch das Versehen eines Leutnants erblindet ist, zurück. In der Duellfrage wies unser Redner auf die unzulässige Rolle hin, die der Alkohol bei den Exzessen spiele! Er nannte mehrere Fälle, wo Offiziere in der Trunkenheit sich vergangen haben. Hierauf besprach er eingehend das Thema der Soldatenui- handlungen und konstatierte bedauernd, daß eine Vermehrung, nicht eine Verminderung aus der Statistik zu entnehmen sei. Er führte einige der ärgsten Fälle derartiger Mißhandlungen an. Als Grund für die Zunahme wies er auf die kolossale Steigerung der Anforderungen im Heere hin. Er forderte dringend die Einschränkung des Samajshendentes, die Beseitigung des Stechschritts und des Parade- marsches. Unter Hinweis auf die Fortschritte, die Frankreich in der Armeereorganisation gemacht habe, konnte er feststellen, daß der Militärgedanke überall im siegreichen Fortschreiten begriffen ist.

Der Kriegsminister antwortete zunächst unserem Genossen nicht. Erst als Graf Skovon gegen diesen polemisiert hatte, wollte er nicht zurücksehen, beschränkte sich aber auf eine sehr ruhige Erwiderung. Er bestritt, daß sich die Mißhandlungen in der Armee vermehrt hätten und verteidigte den Parademarsch und die körperliche Ausbildung, wie sie in der Armee üblich ist. Die Duell-Resolution Lenzmann lehnte er für seine Person ab.

Nachdem ein polnischer Redner sich über die ungerechte Behandlung polnischer Rekruten beschwert und einen Ordnungsruf für eine Bemerkung über den preussischen Militarismus geerntet hatte, spann unser Genosse Kunert das Thema über die Soldatenui- handlungen weiter. Auch er erhielt einen Ordnungsruf, als er ein Telegramm des Kaisers an den Grafen Waldersee, das Vorschriften über die Kriegsführung in China enthielt, kritisierte.

Morgen geht die Berathung weiter.

145. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundestagstisch: v. Goltzler. Auf der Tagesordnung steht die 2. Lesung des Militäretats.

Hierzu liegt eine Resolution Lenzmann (Fp.) vor, die die veränderten Regierungen ersucht, gegen das Duellwesen in Offizierskreisen mit allen disziplinarischen und gesetzlichen Mitteln vorzugehen.

Die Berathung beginnt mit den fortdauernden Ausgaben, Tit. I, Gehalt des Kriegsministers.

Lenzmann (Fp.) begründet seine Resolution. Die Duelle haben sich ja etwas vermindert, seitdem einschränkende Verordnungen von Seiten des obersten Kriegsherrn erlassen worden sind. Wirklich wirksam kann aber nur ein absolutes Duellverbot durch den obersten Kriegsherrn sein. Ich will ja zugeben, daß in gewissen Fällen nach der subjektiven Ansicht des in seiner Ehre Getrübten die Berichtigung des Gequers geboten sein kann. Wenn aber einer so aus ehrenhaften Motiven gegen das Gesetz handelt, mag er auch die Folgen tragen und aus der Armee ausscheiden. Nachteilig dürfte ein so Entlassener nicht wieder in die Armee aufgenommen werden. Mögen die Offiziere darin ihre Ehre suchen, jeden Grund eines Duells zu vermeiden. Meine Resolution soll direkt dem Träger der Krone die Ansicht weiterer Volksschichten darlegen. (Bravo! links)

Dr. Bachem (B.): Wir werden zwar für die Resolution stimmen, der Ansicht des Herrn Redners aber, daß das Duell in manchen Fällen besonders charaktervoll sei, kann ich mich nicht anschließen. Wir erkennen keinerlei Art der Selbsthilfe als gerechtigt an. Daher wünsche ich, daß die Bauern, deren Grund und Boden zu Exerzierplätzen benutzt wird, durch Anbauverordnungen geschützt werden, sowie Entschädigung der durch Raubüberübungen Geschädigten. Heute müssen die einzelnen Kreise den Betroffenen Rücksicht geben. — Weiter ist mir mitgeteilt worden, daß am Frohnleichnamstage Soldaten von einer Übung rückbefördert worden

sind, trotzdem viele Katholiken darunter waren. — Auch hat in Köln ein Hauptmann v. Marschall gegen die Jesuiten einen Vortrag gehalten. Selbst wenn der Hauptmann durch verlesenerliche Schriften gegen die Jesuiten verleitet worden ist, sollte der Herr Kriegsminister hier doch energisch einschreiten. (Bravo! i. Zentr.) Kriegsminister v. Goltzler: Was Präventivmaßnahmen anlangt, sind solche oft in so hohem Maße gefordert worden, daß ihre Gewährung unmöglich war. — Die Beförderung von Soldaten am Frohnleichnamstage bedauere ich. — Der Hauptmann v. Marschall hat einen Appell verlesen und daran eine Belehrung geknüpft. Darin hat er gesagt, daß, solange in Deutschland die Jesuiten nicht zugelassen würden, Soldaten sich an Ehrungen für diese nicht beteiligen dürfen. Freilich hätte er diesen Passus besser weglassen können, von einer Beleidigung der Jesuiten kann aber gar keine Rede sein. Durch irgendwelche Druckchriften wurde Herr v. Marschall nicht beeinflusst.

Bebel (S.D.): Die Darstellung des köhmer Vorganges von Seiten des Herrn Bachem scheint ja durch die Ausführungen des Herrn Kriegsministers bestätigt zu sein. Wichtig ist ja, daß fortgesetzt gesagt wird, es werde keine Politik in der Armee getrieben, aber diese Behauptung stimmt mit den Thatfachen wenig überein. Wenn Herr Bachem im Namen seiner Partei Einwürfe erheben zu müssen glaubt, daß in der Armee gegen die Jesuiten gesprochen wird, dann mögen sich die Jesuiten mit den Sozialdemokraten trösten. Was ihnen in einem Falle passiert ist, passiert den Sozialdemokraten seit Jahrzehnten in tausenden von Fällen. Die Sozialdemokraten sind in der Armee vogelfrei und es ist nur verwunderlich, daß immer noch Sozialdemokraten zum Militärdienst eingezogen werden. Wenn übrigens Herr Bachem von Pamphleten gegen die Jesuiten spricht, so werden weit mehr Pamphlete unter den Augen der Armeeverwaltung gegen die Sozialdemokraten verbreitet. Herr Bachem hat darauf hingewiesen, daß durch die Schaffung von Exerzierplätzen ganze Dörfer vom Erdboden rasirt werden müssen. Wir haben auch stets dagegen gestimmt, und wenn Herr Bachem meinte, man solle expropriierten Bauern parzellirte Domänen zum Eigentum geben, so sind wir davon nicht gerade erbaut, daß Staatsigentum in dieser Weise parzellirt werden soll. Wir sind prinzipiell für die Vermehrung des Staatseigentums. Daß Truppenübungsplätze vom Standpunkt der Kriegsverwaltung nötig sind, läßt sich ja nicht leugnen, dann möge man aber überhaupt nur Staatseigentum für solche Übungszwecke verwenden. Weiter frage ich den Kriegsminister: Ist es richtig, daß Barackenbauten in der Nähe des polnischen Städtchens Weichin in Angriff genommen sind, um dort für die Garnisonierung von 2 Bataillonen Platz zu schaffen? Aus welchem Fonds sollen die Mittel für diese Bauten beschafft werden? In den Etat sind sie nicht eingestellt. Ich komme nun auf einen Vorgang, den ich schon im März 1898 hier erörtert habe. Es handelt sich um den Hauptmann a. D. Luthmer, früher Chef der 3. Batterie im Feldartillerie-Regiment Nr. 31 in Pagenau i. Elb. Dieser Hauptmann ist feinerzeit beim Manöver, als er dicht vor einem Schützengraben, durch die Unge- schicklichkeit und Fahrlässigkeit eines Reserveleutnants angeköhnt worden und infolge der Verletzung beider Augen erblindet. Der Reserveleutnant wurde zu zwei Monaten Festung verurtheilt. Dem Hauptmann, der unzweifelhaft ein vorzüglicher Offizier war, wurde im Kriegsgerichtsurlheil vorgeworfen, daß er selbst durch Unvorsichtigkeit den Schaden mitverursacht habe. Luthmer hat nun neuerdings eine Broschüre veröffentlicht: „Veröffentlichung der geheimen Kriegsgerichtsakten im Falle Luthmer“. Er behauptet hierin, daß die Angaben, die damals der Kriegsminister infolge meiner Rede machte, der Wahrheit nicht entsprächen und beschuldigt den Obersten seines Regiments des Meineides und der großen Fälschung. Er selbst habe als Hauptmann den betreffenden Reserveleutnant als vollkommen unfähig bezeichnet, während in dem Qualifikationsbericht des Obersten das Gegenteil stand. Und dieser falsche Bericht ist von dem Obersten dann be- schworen worden. Der blinde Mann ließ den Reserveleutnant fordern; sein Kartellträger aber suchte durch einen beleidigenden Brief diesen zu zwingen, ihn selbst zu fordern. Der Reserveleutnant be- zugnete den Kartellträger beim Obersten und ein militärisches Ehrengericht hat schließlich den Reserveleutnant mit schlichtem Ab- scheid entlassen und dem Kartellträger einen Verweis wegen der beleidigenden Briefe erteilt. Luthmer hat dann den Reserveleutnant auf Schadenersatz verklagt und sämtliche Zivilgerichte, die sich viel objektiver in militärischen Dingen zeigten, als das Militärgericht, darunter auch das Reichsgericht, haben ihm Recht gegeben und den Reserveleutnant zur vollen Leistung des Schadens verurtheilt. Ich wollte diese Fälle hier vortragen, weil im Jahre 1898 der Kriegsminister und der Generaladjutant Jitenbach eine Darstellung der Sachlage gegeben haben, die auf den unglücklichen Hauptmann Luthmer Schatten werfen mußte. Davon will ich ihn befreien. Ueber die Duellfrage haben wir uns in der letzten Zeit sehr häufig unterhalten. Das Duell wird nicht eher verschwinden, bis nicht der Duellant mit schlichtem Abschied aus der Armee entlassen wird. Bei den Fällen, bei die öffentliche Meinung in der letzten Zeit stark beschäftigt haben, hat der Alkohol eine erhebliche Rolle ge- spielt. Bei der Qualifikation der Offiziere — sind sie doch als erster Stand im deutschen Volk bezeichnet worden — sollten sie sich doch dieser Stellung bewußt zigen. Ich bin gewiß kein Sitten- richter, ich laß das Wort gelten: „Jugend hat keine Tugend“, aber alles hat doch seine Grenzen. So hat in Potsdam Mitte Januar ein Leutnant aus dem 3. Garde-Ulanen-Regiment bei einer Wette eine ganze Flasche Cognac auf ein Zug ausgetrunken, ist dann vollständig betrunkenlos in seine Wohnung gebracht und ist, da man vor-essen hatte, um den Uniformtragen zu sitzen, hoch- stäublich erstet. Solche Fälle kommen leider ja auch im Arbeiter- stande vor; aber welche moralische Enttäuschung macht sich dann in der bürgerlichen Presse über die Arbeiter breit. Diese Enttäuschung habe ich in diesem Falle vermist! Großes Aufsehen hat auch ein im vorigen Monate in Rendsburg gegen den Leutnant Hollmann gefälltes Urtheil hervorgerufen. Derselbe hat im Zustande sinnloser Trunkenheit schweren Hausfriedensbruch und andere Exzesse be- gangen und ist dann zu der außerordentlich milden Strafe von einem Monat und etliche Tag- und Nachtstunden verurtheilt worden! Bei gemeinen Soldaten wird Trunkenheit stets als Straferleichternd

angesehen. Gegen gemeine Soldaten wird wegen der geringsten Subordinationsvergehen auf die barbarischsten Strafen erkannt, während bei den ärgsten Exzessen von Offizieren die Kriegesgerichte sich mit verhältnismäßig geringen Strafen begnügen. Also auch hier kann man von Klassenjustiz sprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Vorjahre vortrat ich im Gegensatz zu meinem Parteigenossen Kunert die Ansicht, die Zahl der Mißhandlungen in der Armee habe sich vermindert. Ich muß nun heute gestehen, daß ich damals Unrecht und mein Freund Kunert vollkommen Recht hatte. (Hört, hört! bei den Soz.) In diesem Jahre sind eine solche Masse von Mißhandlungen be- kannt geworden, wie selten. Die wirkliche Zahl der Mißhandlungen ist aber noch viel größer, da viele Leute nicht den Muth haben, die Mißhandlungen zu melden. Es sind eine ganze Anzahl Fälle so roher und barbarischer Art vorgekommen, daß man sich wirklich wundern muß, wie solche Rohheiten am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts noch vorkommen können. So hat ein Unteroffizier in Breslau in der 11. Division einem Untergebenen sämtliche Knokkelpfe abgerissen, die Kleider zerschneiden u. s. w. und ihm dann befohlen, dieselben zu nähen, und sich selbst nachher ange- kleidet am andern Morgen zu meiden. Dieser Mann ist dann auch angeklagt und in 63 Fällen der Mißhandlung überführt worden. Dafür wurde er mit 9 Monaten Gefängnis bestraft! In einem anderen Fall, beim zweiten Armeekorps, wurde ein Offizier wegen einer Mißhandlung, die den Tod des betr. Untergebenen zur Folge hatte, zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt. In Oldenburg hat ein Unteroffizier vom Inf.-Regt. 93 seiner Korporalschaft beim Felddienst befohlen, sich auf den Knien zu werfen und Gras zu fressen! Derselbe Unteroffizier ließ einen Mann durch seine Kameraden in nächtlichem Zustande mit Wasser und kaltem Wasser ab- dürsten. Ein anderer Fall ist erst durch die sozialdemokratische Presse bekannt geworden. Ein Unteroffizier schritt einen Musketier, der unraffirt vor der Korporalschaft erscheint, mit folgenden Worten an: „Du Schwein, ich werde dich schon rasiren!“ und riß ihm dann mit seinem Taschenmesser die Barthaare aus. Während dieser Prozedur kommt ein Sergeant dazu, der dann mit einem brennenden Streichholz die Barthaare an Kinn und Backen weg- brennt! Das ist doch ein Akt ganz fieserer Rohheit! Beim 6. sächsischen Inf.-Regt. wurde ein Hauptmann wegen Mißhandlung Untergebener in 63 Fällen zu 3 Monaten Festung verurtheilt, in Jütten ein anderer zu 9 Monaten, und in Dortmund ein dritter zu einem Jahr drei Monaten. Interessant ist eine Broschüre des bayrischen Oberst v. Sigmund, der konstatiert, daß die Mißhandlungen seit dem deutsch-französischen Kriege in hohem Grade zuge- nommen haben. Auch die Zahl der Desertionen ist eine sehr erheb- liche. Viele flüchten in die französische Fremdenlegion, deren Dienst auch gerade kein leichter ist! Bisher waren es fast nur die Sozial- demokraten, die diese Mißbräuche in der Armee bekämpften. Jetzt mehrten sich aber auch Stimmen selbst aus Offizierskreisen, die sagen: Dieses System ist durch und durch falsch und verderblich. Der Armee werden heute noch Anforderungen zugemuthet, die von Sachverständigen schon lange lebhaft bekämpft werden. Dazu ge- hört vor Allem der sogenannte „Samajshendentritt“, der Stechschritt, der Parademarsch u. s. w. Dagegen werden müssen auch die Metallbestandtheile der Uniformen, die weithin leuchten. Wenn ein großer europäischer Krieg ausbrechen sollte, so müßte unsere Armee mit einer Uniformierung in den Krieg ziehen, die völlig ungeeignet ist für die moderne Kriegsführung. Wir haben ja jetzt im Bureau- krieg erlebt, wie die hohen Kluft- Helme der Engländer das Ziel der feindlichen Kugeln gewesen sind. Das schlimmste aber ist, daß Anforderungen an die Soldaten gestellt werden, die mit der Kriegs- führung nicht das geringste zu thun haben. Außer dem Aufzug des Herrn v. Puttkammer in der „D. Tageszeitung“ ist die Broschüre „Die Sozialdemokratie im Heere“ von einem Offizier erwähnt worden. Diese Broschüre richtet sich in erster Linie gegen die Sozialdemo- kratie, deren Gefahr für die Armee der Verfasser hervorhebt und deren Bekämpfung er fordert. Der Offizier behauptet, die sozial- demokratische Partei habe Instruktion gegeben, besonders die Unter- offiziere für sich zu gewinnen. Eine solche einfältige Instruktion werden wir nicht geben, die uns in einen unangenehmen Konflikt mit dem Strafgesetzbuch bringen könnte. Für uns ist die Armee ein „Noli me tangere“, soweit nicht Mißbräuche in ihr zur öffent- lichen Kritik herausfordern. In neuer Schrift sind uns Forderungen erhoben, die sich vollständig mit dem decken, was wir hier schon seit Jahren verlangt haben. Es wird auf den ganz überflüssigen Exerzierdrill hingewiesen und besonders für Abschaffung des Parade- marsches plädiert. Der Parademarsch, man denke, in dem sich das höchste Wesen der preussischen Armee inkarnirt, soll abgeschafft wer- den! (Heiterkeit.) Der Offizier sagt: Der Parademarsch sei nur nach unzulässiger Nähe und von Vielen überhaupt nicht zu er- reichen. Er sei keineswegs schön, sondern wirkte komisch. (Heiterk.) Alle hierfür angewendete Mühe sei Vergeblichkeit. Das ist wahr. Ich erinnere nur an das Schicksal des alten Schanzhorn, dem, als er die Reorganisation der preussischen Armee in Angriff nahm, vom General York v. Wartenburg nachgesagt wurde, er sei ein Nationalneid. Allerdings: Jeder Fortschritt wird zunächst von einer kleinen Wan- derheit befürwortet. Der Offizier sagt auch, daß die Ausbildung zum Kriegsdienst nur 3 Monate im Jahr betrage, daß sie zu Gunsten des Paradebetriebes vernachlässigt werde. Wenn wir aber jährmonatliche Ausbildung für den Kriegsdienst verlangen, erklärt man das für eine tolle Forderung. Schließlich fährt der Verfasser auch die Mißhandlungen auf den Hochpunkt zurück, mit dem in den Armeen gearbeitet wird, um die Vorschriften zu erfüllen. Da hätten die entscheidenden Stellen doch Anlaß, zu prüfen, ob im Heere alles in Ordnung ist. Angefichts solcher Umstände haben wir alle Ursache, bescheiden zu sein. Wir wandeln heute den be- denklichen Weg, den die Franzosen gewandelt sind und den sie nicht mehr wandern. Sie sind uns in ihrer Armeereorganisation jetzt vielfach überlegen. Graf Waldersee hat unsere Truppen, die in China ein waren, glänzender Zeugnis ausgestellt. Nun, der wertloseste Theil der chinesischen Truppen trug noch nicht 9 Monate den bunten Rock und hatte nicht einmal ein Manöver mitgemacht. Der Gedanke der Einführung der Ritzig hat in anderen Ländern mehr und mehr Boden gewonnen. Der französische Artillerie- hauptmann Gaston Roch ist in seinen Untersuchungen über die

Umwandlung der französischen Artillerie in eine Miliz zu ganz überausenden Resultaten bezüglich der Kostenfrage gekommen. Aehnlich spricht sich auch ein anderer Offizier aus. Auch in Oesterreich und Italien macht der Witzgedanke Fortschritte. Marozzi befragt das Militärsystem und auch Banardelli hat sich dafür ausgesprochen. Würden Sie eine kurze Dienstzeit haben, dann brauchen Sie auch nicht über Denkmäler zu klagen. In Frankreich taucht der Gedanke auf, die Schüler von St. Cyr und die der polytechnischen Schule erst ein Jahr als Gemeine dienen zu lassen, bevor sie Offiziere werden, damit sie das Fühlen und Denken der gemeinen Soldaten kennen lernen. Auch denkt man daran, ein Drittel der Offiziersstellen aus den Reihen der Unteroffiziere zu besetzen. Das sind andere Gedanken, als die in deutschen Militärcreisen. Der schweizerische Oberstbrigadier Wills bemerkt auch in der „Allgemein Schweizer Militärzeitung“, daß sich die deutschen Militäreinrichtungen im Kriege nicht bewähren könnten. Aber auch die unerträglichen Zustände der Reichsfinanzen drängen zu Veränderungen im Heerwesen. Im laufenden Etat haben wir bis Ende Dezember ein Defizit von 43 Millionen. Auf allen Seiten drängen sich dagegen die Kulturbedürfnisse hervor. Die Einzelstaaten sind nicht im Stande, sie alle zu befriedigen. Der allgemeine finanzielle Krach steht uns bevor. Diese Umstände erzeugen den revolutionären Gedanken einer Umgestaltung unserer militärischen Einrichtungen. Hier ist ein Punkt, wo wir viele Millionen sparen können. Sie (zum Zentrum) können Ihre Vorschläge, keine indirekten Steuern mehr einzuführen, nur halten, wenn Sie hier, dem einzigen Gebiet, wo Sie sparen können, gründliche Änderungen eintreten lassen. (Lebhafter Beifall v. d. Soz.)

v. Tiedemann (Rp.): Ich habe den Eindruck, je häufiger hier im Reichstag gegen das Duell bekämpft wird, desto häufiger wird duelliert. Das Duell werden Sie nicht ausrotten, wenn Sie nicht vorher den germanischen Ehrbegriff ausgerottet haben. (Lachen v. d. Soz.) Dauer fordert die Verlegung von Garnisonen in die kleinen Städte des Ostens; das sei das wirksamste Mittel zur Verhinderung des Potentats.

Graf Noon (A.): Solange die Sünde nicht aus der Welt geschafft ist, solange werden auch Duelle nicht aufhören. (Lachen links.) Das vor dem Sozialdemokraten in der Armee gewarnt wird, ist selbstverständlich und einfach Pflicht der militärischen Vorgesetzten. Herr Hebel hat sich dann als Reformator der Armee angekündigt. Wenn der selbige Schamgeist noch lebte, hätte er sich im Grabe umgedreht. (Große Heiterkeit)

Kriegsminister v. Soller: Nach Breichen und Gaejen soll je ein Bataillon von Polen verlegt werden, wenn irgend möglich sollen die Kosten aus den laufenden Mitteln bestritten werden. Der Leutnant v. Eichel ist nicht ein übermäßigem Trunt gehörten, sondern er war schon länger leidend und starb an Herzschlag. Der Leutnant von Hofmann ist von einer sehr schweren nervösen Störung betroffen worden; er ist in eine Asyle gebracht worden. Im Falle Stelencron haben Militär- und Zivilgericht übereinstimmend geurteilt, das Zivilgericht hat nur hinzugefügt, daß er die Kriegsdienstverweigerung übergriffen habe. Im Falle Lathmer hat das Zivilgericht in Übereinstimmung mit dem Militärgericht zwar nicht im Urtheil aber in der Begründung angenommen, daß Unvorsichtigkeit vorliege. Die Zahl der Mißhandlungen hat nicht zugenommen. Jedes Jahr werden ungefähr pro Armee-corps 2 bis 3 Offiziere wegen Mißbrauch der Amtsgewalt bestraft. Der erste Mißbrauch der Mißhandlungen zu bestrafen, ist auf allen Seiten vorhanden. Freilich ist zu bedenken, daß 14 Proz. aller Rekruten gerichtlich oder polizeilich vorbestraft sind. Daß bei Sittlichkeitsvergehen in der Armee Begnadigung eintritt, ist natürlich, im Gegentheil, sie werden mit Entfernung aus dem Heere bestraft. — Die Zahl der Desertionen ist geringer geworden. — Gegenüber den Reformvorschlägen des Herrn Hebel bemerke ich, daß die Vorschriften bei uns unabweisbar veraltet sind. Unsere Art des Krieges ist von anderer Seite als die vortrefflichste für den Körper anerkannt worden. — Die Projekte, die Herr Hebel anführte, scheinen nicht von einem Offizier verfaßt zu sein. Dagegen spricht zu viel Unwissenheit aus ihm. — Die Warnung vor Jena trifft nicht zu. Wir wissen, daß wir schweren Zeiten entgegen gehen werden, daß wir aber auch erfolgreich sind, unsere Pflicht zu thun. (Bravo! rechts.)

Schrader (Sp.) fordert den Kriegsminister auf, seine Stellung zu der Resolution von 1899 darzulegen.

Kriegsminister v. Soller: Ich bin nicht ermächtigt, Antwort auf eine Resolution zu geben, die dem Bundesrath noch nicht vorgelegen hat. — Das Verhältniß der Duellstrafen speziell für Offiziere notwendig sind, erlasse ich für meine Person nicht an. (Beifall rechts.)

v. Chrganowski (Pole) führt Beschwerde über die ungerechte Behandlung polnischer Rekruten. Nach Breichen seien zwei Bataillone geschickt, um der polnischen Agitation entgegenzutreten.

Kriegsminister v. Soller: Nach Breichen wird nur ein Bataillon gelegt, die Mittel wurden von der Stadt bewilligt. Der Borechner hat auch gesagt, wie schwer es für polnische Rekruten sei, für ein fremdes Vaterland zu kämpfen. Ich kann aber für die Soldaten kein anderes Vaterland, als Deutschland. (Sehr gut! rechts.) Die Behauptung, daß Hauptleute bei Feuertod Verwundungen leiden an volnische Rekruten gerichtet haben, ist irrig; ebenso irrig ist die Behauptung, die preussische Schwärze werde sich jetzt auch gegen die katholische Religion. Die Anerkennung des Einjähriges an einen Mann, der sich als polnischer Agitator ersten Ranges gezeigt hat, halte ich für durchaus berechtigt.

Präsident Graf v. Ballestrin: Der Kgl. v. Chrganowski hat das Benehmen der Militärbehörden die „preussische Post“ genannt. Ich rufe ihn dafür zur Ordnung!

Sidhoff (Sp.): Zu meiner Hoffnung, daß mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit des Militärprozesses die Mißhandlungen in der Armee abnehmen würden, habe ich mich getäuscht. — Ich möchte die Militärverwaltung am liebsten bitten, ob wirklich wichtige militärische Gründe vorliegen, die das Oberste als unangeeignet für einen Disziplinarprozeß erachten lassen. Eine solche Erklärung würde große Hebung in der Bevölkerung der dortigen Gegend bringen. Neben geht es natürlich auf einen Fall ein, in dem in einer größeren öffentlichen Versammlung ein Mann von einem Kameraden der Armee wegen eines Privatvertrages mit dem Kaiser wegen letzter Dienstverweigerung nicht mehr zu verzeihen. Gegen einen solchen Prozeß müssen wir uns ganz entschieden wenden.

Kriegsminister v. Soller: Ich glaube nicht, daß die Befragung, die der Abg. Sidhoff erwähnt hat, überhaupt erfolgt.

Kunert (Sp.): In der Behauptung der Soldatenmishandlungen während alle Parteien einig sein. Neben ist natürlich zwei Fälle an, in denen Soldaten infolge von Mißhandlungen beim Baden den Tod fanden. Weiter erbt der Redner auf Mißhandlungen ein, die sich in Paderborn und Dönnig zugetragen haben. — Ich erinnere mich an den Fall des Infanteriesregiments Grafen v. Bismarck, der eines Soldaten mit dem unangenehmen Beinamen bestraft hat, ihn dann mit Dörflinger bestrafen und schließlich mit der Plempel erschlagen hat. Hierfür erhielt der Infanteriesregiment 3 Jahre Gefängnis, obwohl er während 7 Jahre Zuchthaus hätte erhalten müssen. Die Disziplinlosigkeit des gemeinen Mannes wird ganz anders bestraft als die des Offiziers. Ein Mann, der sein Pferd nicht beherrscht, wird 9 Monate Gefängnis verurteilt, ein Unteroffizier, der eines Soldaten zwei Offiziere verprügelt, bekommt für 12 Tage Gefängnis. Er hätte den Gefängnisstrafe verdient; haben Sie etwas dagegen? (Heiterkeit.) Bei jeder ge-

wortet hatte: ja wohl und noch anderes hinzugefügt hatte, wurde er zu 14 Tagen strengen Arrests verurteilt. Wie milde Aussetzungen von Offizieren beurteilt werden, beweist, daß jener Fürst Breche, der in der Weihnachtsnacht, die Regimentkapelle voran, mit seinen Kameraden durch das nächtlich stille Bamberg zog, dafür 1 Tag Stubenarrest erhielt. Viele Soldaten verfloßen infolge der fortgesetzten Mißhandlungen in Wahn Sinn, eine große Zahl desertirt, auch die Selbstmorde häufen sich in erschreckendem Maße. Nach den Angaben des Generals v. Viebahn betrug die Zahl der Mißhandlungen im Jahre 1899 0,63 Proz., d. h. auf 300 000 Mann der preussischen Armee kamen 2398 Mißhandlungen, pro Tag 7 Fälle. Auch in Bayern hat seit 1870 eine Zunahme der Mißhandlungen stattgefunden. Freilich gewisse Dinge, die in Berlin alle Tage möglich sind, sind in München unmöglich. Als Graf Walbete in China war, erhielt er ein Nobel-Telegramm, das ihn anforderte, die bei Hulu stehenden chinesischen Truppenkörper unverzüglich zu zerstreuen und an die große Mauer zurückzubringen. Dieses Telegramm erinnert an den seltsamen Hofkriegsrath zu Wien, und an die telegraphischen Befehle des Sultans im Harem an den Verteidiger in Plewna Osman Pascha, die diesen zu falschen Maßnahmen zwangen. Sie sehen, der blutige Dilettantismus macht sich nicht nur auf dem Gebiete der Kunst, der Wissenschaft, der Rhetorik bemerkbar, sondern auch auf dem der Strategie. Der Abender des Telegramms ist — ich nenne ihn, damit kein Falscher in den Verdacht kommt, nicht etwa der Kriegsminister oder einer seiner Räte, sondern Wilhelm II. Rex Imperator. (Stoche des Präsidenten.)

Präsident Graf v. Ballestrin: Aus Ihren letzten Äußerungen ersehe ich, daß Ihre früheren Worte als eine Majestätsbeleidigung gelten müssen. Ich rufe Sie dafür zur Ordnung! (Bravo! rechts.)

Kunert (fortfahrend): Ich bedaure, daß ich hier nicht aussprechen darf, was man sonst überall sagen darf. Was ich gesagt habe ist wahr, das Telegramm hat im Weibstakt zum militärischen Wochenblatt gestanden. Die Schönheiten des Militarismus müssen mit dem Schweiß und Blut der Arbeiter bezahlt werden, seine Expansionsfähigkeit führt zum Ruin der Staaten. (Bravo! bei den Soz.)

General v. Einem: Die Zahl, die Herr v. Viebahn für die Militär-mißhandlungen im Jahre 1899 anführte, bezog sich nicht auf die Anzahl der Mannschaften, sondern auf die der Vorgesetzten. Statt der 2000 sind im Jahre 1899 nur 507 Fälle vorgekommen.

Bayrischer Militärbevollmächtigter Generalmajor v. Endres: Der Herr Vorredner ist auf einen Fall in Bamberg zu sprechen gekommen, wo nach einem frohen Feste ein übermühtiger junger Offizier seinen Kollegen verprügelte, die Pferde zu holen und mit Musik in der Stadt herumzureiten. (Heiterkeit.) Damit haben die jungen Leute allerdings die polizeilichen Vorschriften über die Benutzung des Traktors ganz überhört (Heiterkeit) und den Zweck der Kolonnen völlig verkannt. (Heiterkeit.) Das war aber keine Brutalität, sondern lediglich ein Miß, wie er in allen Vorkommnissen vorkommt. Ich bin überzeugt, jeder von ihnen hat auch mal so einen Miß gemacht und freut sich noch heute, daß er ihn gemacht hat. (Heiterkeit.) Vom polizeilichen Standpunkt ist ja die Sache schmerzhaft, vom Standpunkt der Jugend aus aber sehr befreudlich. (Lebhaftes Bravo!)

Hierauf vertrug das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Reichstagsersatzwahl ist im 14. hannoverschen Wahlkreise (Gifhorn-Beine) nothwendig geworden, nachdem der bisherige Inhaber des betr. Mandates, der weilsche Abgeordnete Freiherr August v. Hammerstein, ebenfalls hannoverscher Hauptmann, in der Nacht zum Sonntag auf seiner Besitzung Thaersgarten bei Celle im Alter von 63 Jahren verstorben ist. Freiherr v. Hammerstein hatte 1898 in der Stichwahl mit 13 717 Stimmen über den Hofbesitzer Grote (A. und Bund der Landwirthe) gesiegt, der nur 9891 Stimmen auf seinen Namen vereinigen konnte. Bei der Hauptwahl wurden gezählt für: Grote (A. u. B. d. L.) 7749, v. Hammerstein (Welfe) 5521, Paul (S.D.) 5033, Haude (Sp.) 2192, Hartjenstein (A.) 1158, Dr. Bod (A.) 901. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß unsere Partei bei der bevorstehenden Ersatzwahl in die zweite Stelle rückt und dann mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl kommt; auf einen Sieg unsererseits dürfte indessen wohl noch nicht zu rechnen sein.

Zum Zoll-Kompromiß. Das zwischen Zentrum und Konservativen vereinbarte Kompromiß auf der Basis eines Minimalzolls für Weizen von 1/2 Sch., für die übrigen Getreidearten von 5/50 Mark ist, wie in parlamentarischen Kreisen berichtet wird, nur eine Etappe auf den Rückzug. Wenn die Regierung erklärt haben wird, daß diese Beschlässe für sie unannehmbar seien, geht der Rückzug weiter. — Nach einer von den bisherigen Mitgliedern abweichenden Version soll der Zolltarifkompromiß den Satz für Gerste von 3 auf 4 Mark, nicht auf 5,50 Mt. hinaussetzen. Der nationalliberale Abg. Sieg, der an Stelle Heyl's in die Kommission eingetreten ist, hat die Anträge doch noch untergeschrieben. In Blankenheim in Thüringen hat der nationalliberale Parteiführer Baffermann Sonntag eine Rede gehalten, in der er sich sehr scharf gegen den 7,50 Mark-Zoll erklärte und ein Zusammengehen der Mehrheitsparteien auf Grund der Regierungenlage befürwortete. Es ist nationalliberale Tapferkeit, sich entschieden (!) gegen den unmöglichen 7 1/2 Mark-Zoll und für den Zuckerzoll auf mittlerer Linie auszusprechen!

Der Duellprozeß Falkenhagen. Unter großem Andrang des Publikums wurde Montag vor dem Schwurgericht in Hannover gegen den Domänenpächter Falkenhagen wegen Tödtung des Landraths v. Bennigsen im Zweikampf verhandelt. Der Angeklagte gab bei dem Verhör zu, seit dem Jahre 1900 mit Frau v. Bennigsen in ehelicher Beziehung verkehrt zu haben. Er schilderte die Vorfälle, die dem Duellereigniß vorangingen, seine weiteren Beziehungen zum Hause des Landraths v. Bennigsen, den Bruch, die Forderung, das Duell und die Vorgänge nach dem Duell. Während der Vernehmung der Gattin des getödteten Landraths v. Bennigsen als Zeugin wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nach vierstündiger Verhandlung wurde Falkenhagen zu 6 Jahren Festung verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 8 Jahre beantragt. Dieser sowie der Verurtheilte erklärten, auf das Rechtsmittel der Berufung verzichten zu wollen, und Falkenhagen trat sofort seine Strafe an. In der Begründung des Urtheils führte der Vorsitzende aus, bei der Erstverurteilung sei berücksichtigt worden, daß der Angeklagte das Lebensglück des Landraths v. Bennigsen vernichtet und augenscheinlich die Absicht gehabt habe, seinen Gegner im Zweikampf zu tödten. Als Straf-

mildernd komme in Betracht, daß der Angeklagte von der um mehrere Jahre älteren Frau v. Bennigsen verführt worden sei. — 6 Jahre Festung! Ist das eine hinreichende Sühne für einen Mord? Wie schwer müssen dagegen die tödtenden Arbeiter büßen, die sich in der Trunkenheit und Erregung Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen!

Ein Reichs-Defizit von ca. 70 Millionen rechnet die „Freie Ztg.“ aus dem soeben vom Reichshausamt der Budgetkommission überwiesenen „muthmaßlichen Ergebniss des Reichshaushalts für 1901“ (bis 1. April 1901) heraus. Nach diesem Nachweise ergibt sich, daß der Reichshaushalt mit einem Fehlbetrag von 50 916 000 Mk. abschließt, dazu werden die Ueberweisungssteuern der Einzelstaaten gegen den Voranschlag 17 907 000 Mark weniger ergeben. Das Nichterliche Blatt bemerkt dazu: „Die beispiellos ungünstige Finanzlage kann überhaupt nicht durch kleine Mittel befreit werden, sondern nur durch eine vollständige Umkehr von der bisherigen planlosen Finanzwirtschaft, die nach den verschiedensten Richtungen für Militär, Marine und Kolonialzwecke fortgesetzt rücksichtslos die Ausgaben steigert, während andererseits durch Liebesgaben und Prämien der verschiedensten Art die Einnahmen geschnitten werden. Bei der gegenwärtigen Regierung ist natürlich an eine Umkehr nicht zu denken. Diese sucht das Heil nur in neuen Steuern. Staatssekretär v. Thielmann hat ja auch am Schluß seiner Etatsrede am 8. Januar bereits angekündigt, daß an erster Stelle Bier und Tabak mehr bluten sollen. Aber selbst solche neue Steuern würden nur vorübergehend Deckung gewähren und alsbald durch darauf gestülzte neue Forderungen für Präsenz-erhöhung des Heeres, für mehr Kriegsschiffe, für mehr Eisenbahnen in Afrika und größere Aufwendungen für Ostasien überholt werden. Wie die Dinge liegen, muß bei den nächsten Reichstagswahlen nicht bloß die Zolltarifvorlage, sondern auch die Abwehr neuer Steuerprojekte und die Forderung einer sparsamen Finanzwirtschaft den Mittelpunkt der Wahlbewegung bilden.“

Protest einer christlichen Gewerkschaft gegen den Brodwucher. Der christliche Gewerksverein der Ziegler hat auf seiner Generalversammlung einen Antrag angenommen, welcher die Mitglieder auffordert, ihre Gegnerschaft gegen die Zolltarifvorlage außerhalb des rein wirtschaftlichen Zwecks verfolgenden Gewerksvereins zu betätigen, dabei bringt der Antrag aber zum Ausdruck, daß die Ziegler Gegner der Vorlage sind. Dieser Antrag war das Resultat eines Kompromisses, welcher auf der Generalversammlung nach langen Verhandlungen geschlossen wurde. Es lagen eine Anzahl Anträge vor, eine Petition gegen die Zolltarifvorlage an den Reichstag zu erlassen und eine Protestresolution zu fassen. Nur dem vermittelnden Eingreifen einiger Delegierten ist es zu danken, daß es über die Frage nicht zum offenen Bruch zwischen dem Vorsitzenden des Verbandes, welcher über den Punkt nicht verhandeln lassen wollte, und der Mehrheit der Delegierten kam.

Zwischen den Hofkonservativen und den „reinen“ Agrariern ist es bekanntlich im Wahlkreis Elbing-Marienburg zu einem Konflikt gekommen. Die Konservativen haben als Kandidaten den Fürsten Dohna-Schlobitten präsentiert, der Bund der Landwirthe hat den hochagrarischen v. Oldenburg-Janusch an erwählt. Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert nunmehr ergrimmt die Zurückziehung der Kandidatur des Fürsten Dohna. — Das ist derselbe Gegensatz zwischen den Vertretern des „gemäßigten“ und des maßlosen Brodwuchers, der in dem Zollkampf eine beachtliche, wenn auch nicht zu überschätzende Rolle spielt.

Bestrafte Kaiserhuldigung. Ein Dank- und Glückwunschtelegramm an den Kaiser ist mehreren Unteroffizieren des 129. Infanterie-Regiments zu Bromberg sehr schlecht bekommen. Aus Anlaß der Umänderung des bisherigen Namens des Regiments in „3. westpreussisches Infanterie-Regiment Nr. 129“ gelegentlich des letzten Geburtstages des Kaisers hatten ein Feldwebel und eine Anzahl Unteroffiziere des Regiments dem Kaiser ein Dank- und Glückwunsch-Telegramm zugesandt. Wegen Nichterhaltung des vorgeschriebenen Dienstweges haben jetzt auf Veranlassung des Kriegsministers sämtliche Gratulanten Arreststrafen von 3 und 5 Tagen zubüßend erhalten. Zum „Abgewöhnen“ ist das Verfahren ganz probat.

Die Haushaltungen im Deutschen Reich. Bei der Volkszählung am 1. Dezember 1900 wurden 12 260 012 Haushaltungen ermittelt. Davon waren 11 308 031 (92,2 Proz.) gewöhnliche Haushaltungen (mit 2 und mehr Personen) und 870 801 (7,1 Proz.) Haushaltungen Einzellebender. Der Rest von 81 330 (0,7 Proz.) waren Anstalten (Gasthöfe, Pensionate, Kranken-, Straf-, Armenanstalten, Erziehungs-, Versorgungsanstalten, Althöser, Kasernen). Von der mit 56 367 178 Millionen festgestellten Reichsbevölkerung leben 53 866 407 Personen in gewöhnlichen Haushaltungen unter denen der Zahl nach Haushaltungen mit 3 und 4 Personen, der Zahl der Mitglieder nach solche mit 5 Personen vorwiegen. Auf die Anstaltshaushaltungen treffen 1 630 172 Personen. Bei den Haushaltungen Einzellebender kommen 272 742 männliche, 597 859 weibliche Personen in Betracht. Die Mitglieder der gewöhnlichen Haushaltungen setzen sich zusammen aus 47 979 041 Familienangehörigen (89,1 Proz.), 1 337 321 Dienstboten (2,5 Proz.) und 4 550 043 anderen Personen (8,4 Proz.), wie Schlafgänger, Asternmieter, Pensionäre, Pflegekinder etc.

Kleine politische Nachrichten. Zur Ansäherung des Reichs schangebens verlaudet, daß das Verbot der Gesundheitsblätter oder lässlicher Zusätze bei Fleischbereitung (Wurstfabrikverbot u. s. w.) am 1. Oktober in Kraft gesetzt werden soll. — Der Adelstitel ist zwei Kesseln des Fürst von Stamm verliehen worden. Nach dem „Reichsanzeiger“ hat der Kaiser den Gebrüdern Günther und Gustav Braun, Söhnen des verstorbenen Rittmeisters im zweiten Garde-Dragoon-Regiment, Braun, und seiner Gattin Elisabeth geb. v. Stamm, die Zustimmung zur Annahme des Namens Braun v. Stamm ertheilt. — Polizeilich aufgelöst wurde am Sonnabend in Berlin eine Versammlung des polnisch-wissenschaftlichen Vereins, weil sie vorher nicht angemeldet worden war. Anhängig von dieser politischen Aktion verlief eine zweite in Charlottenburg. Es war zur Kenntniß der Polizei gekommen, daß sich jeden Sonnabend in der Privatwohnung der Restaurateurin Frau Kusniewski polnische Studenten versammelten, die dem im Jahre 1898 aufgelösten polnischen Verein „Techna“ nachhaken. Am Sonnabend Abend drangen Kriminalbeamte in die Wohnung

und führten sämtliche Anwesende. — In Tjingtau ist Major Christ, der Kommandeur des 3. Bataillons, gestorben. — Sonntag explodirte im Justizgebäude in Turin eine Bombe. Es wurde Niemand verletzt; alle Wundelgänge waren leer. Man glaubt, daß dies Attentat mit einem früheren Zusammenhängt, mit dem versucht wurde, das Justizgebäude in die Luft zu sprengen. — Der Direktor der Kaiserlichen Treibhütten-Gesellschaft, Schmidt, ist Montag Früh 8 Uhr von Paris abgefahren. An der deutschen Grenze wird er von deutschen Polizisten in Empfang genommen. — In Charleroi (Belgien) demonstrieren Sonntag mehrere tausend Personen in sozialistischen Versammlungen für das gleiche Wahlrecht. Sozialistische Abgeordnete hielten revolutionäre Reden, die von der Menge mit Rufen der Zustimmung begleitet wurden.

Oesterreich-Ungarn.

Zu den Vorgängen in Triest liegen bisher Meldungen, die zur Klärung beitragen könnten, nicht vor. Wie berichtet wird, wurden die Leichen der Erschossenen in der Nacht zum Montag in aller Stille beerdigt. Der Friedhof war militärisch besetzt und völlig abgeschlossen. Der Zustand ist jetzt im Großen und Ganzen beendet. Die elektrische Straßenbahn nahm Montag Mittag den Verkehr wieder auf. Das Standrecht, das Sonntag verkündet wurde, wird zünftig scharf gehandhabt. Nach 9 Uhr Abends darf niemand ohne Erlaubnißschein auf der Straße verkehren. Am Montag wurden neun unserer führenden Parteigenossen in einem Restaurant verhaftet; irgend welche Gründe werden in der uns vorliegenden Meldung nicht angegeben. Ueber den Zustand der Verwundeten, welche in öffentlichen Hospitälern liegen, verlautet, daß sie sich, mit Ausnahme von dreien, deren Zustand recht bedenklich ist, besser befinden. — Montag/Mittag erließ der Bürgermeister einen Aufruf an die Bürgerschaft, in dem sie aufgefordert wird, zum gemeinsamen Wohle den Verfügungen der Behörde willig Folge zu leisten. Bisher wurde denn auch die öffentliche Ruhe nirgends wieder gestört.

Italien.

Eine zahlreich besuchte Arbeitslosen-Versammlung fand Montag in Rom statt, in der beschlossen wurde, mit Hilfe der Arbeiterkammern eine Statistik sämtlicher Arbeitslosen aufzustellen und an einem noch zu bestimmenden Tage gleichzeitig in ganz Italien Versammlungen abzuhalten. Die Regierung hatte umfassende Vorsichtsmaßnahmen getroffen, doch verlief die Versammlung ohne jeden Zwischenfall. Nach der Versammlung versuchten angeblich einige Trupps Kundgebungen in den Straßen zu veranstalten. Die Polizei hinderte sie aber daran und verhaftete 24 Personen.

Spanien.

Die Ausstandsbewegung in Barcelona hat wieder größeren Umfang angenommen. Die Angestellten der Straßenbahnen, die Bahnarbeiter, Hafenarbeiter, Frachtfuhrleute und Buchdrucker, legten die Arbeit nieder. Die Zeitungen erscheinen nicht. Die Zahl der feiernden Arbeiter wird auf 40 000 geschätzt. Mehrfach kam es zu Zusammenstößen, wobei einige Personen verletzt wurden. Der Lagerungsstand ist proklamiert worden.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Ratenweise wird den englischen Leidtragenden wieder einmal eine Hiobspost verabfolgt. Am Sonnabend meldete man, wie wir bereits gestern berichteten, aus London: „Nach einer heute veröffentlichten Verlustliste wurden am letzten Mittwoch bei Klipriver 4 Offiziere verwundet, 2 Mann getötet und 27 verwundet.“ Jetzt lautet aber die Notiz bereits: „Am 12. Februar wurden hundertundfünzig Mann englische berittene Infanterie in der Nähe von Klipriver nach tapferer Gegenwehr überwältigt, zwölf Mann sind gefallen und 48 verwundet, darunter mehrere Offiziere.“ Die Verlustliste erscheint danach sehr entwicklungsfähig. Aber auch an anderen Stellen ist es den Engländern schlecht gegangen. Lord Kitchener meldet aus Pretoria: „Ein Bataillon berittener Infanterie stieß bei einem Aufklärungsmarsch am 12. Februar bei Zuitersboschrand auf eine ziemlich starke Burenabtheilung und wurde auf ungünstigen Geländen in einen Kampf verwickelt. Elf Mann fielen und etwa vierzig wurden verwundet, bevor es der Truppe gelang, sich unter den Schutz der Hochhäuser zurückzuziehen. Rawlinsons Kolonne ist nun gegen die Buren unterwegs.“ Die natürlich gerade warten werden, bis Rawlinson kommt. Als dritte Trauermeldung sei folgende Mabelmeldung Kitchener's bezeichnet: „Am 10. Februar wurde eine Abtheilung der südafrikanischen Polizei in der Nähe von Bantondershoef von überlegenen feindlichen Truppen unter Verlusten zurückgeworfen.“ Wenn die britischen Truppen unterliegen, ist immer die Ueberzahl des Feindes daran schuld, bei Erfolgen gegen die Buren reden sie aber niemals von ihrer zwanzigfachen Uebermacht. — Nach einer am Sonnabend in Pretoria veröffentlichten Bekanntmachung sind noch 25 Burenführer, darunter 5 Kommandanten und 2 ehemalige Mitglieder des Volkstraad, für immer aus Südafrika verbannt worden. — Im englischen Unterhause erklärte am Montag Kriegsminister Brodrick, der Prozeß gegen Kruijinger habe am 15. Februar begonnen. Lord Kitchener werde dafür sorgen, daß Kruijinger alle Erleichterungen zur Führung des Entlastungsbeweises gewährt werden und daß ihm Gerechtigkeit widerfahre.

Eine Meldung, die noch sehr der Bestätigung bedarf, bringt ein holländisches Kolonialblatt. Wie der „Soerabaja Courant“ mitzutheilen weiß, habe die „Gelderland“, als sie seiner Zeit den Präsidenten Krüger von der Delagoabai nach Holland brachte, ein regelrechtes Gefecht mit zwei englischen Kriegsschiffen zu bestehen gehabt (??). Die englischen Schiffe hätten Feuer auf die „Gelderland“ gegeben. Diese hätte das Feuer prompt erwidert und sich durch Auslegen von Torpedoneken u. s. w. vollständig gefechtsklar gemacht. So hätten die drei Schiffe ungefähr 24 Stunden lang manövert, bis zwei französische Kriegsschiffe auftauchten, worauf die englischen abgedampft seien. Der Zusammenstoß der „Gelderland“ mit einem englischen Kohlendampfer sei kein Zufall gewesen, sondern er sei von dem englischen Kohlendampfer provoziert worden. Die „Gelderland“ habe, da man auf ihr die Sachlage durchschaute, aus einem schweren Geschütz ein Projektile in die Maschinenkammer des Kohlendampfers geworfen. — Es ist doch höchst merkwürdig, daß man bisher von diesem Gefecht noch nichts gehört hat; wir vermuthen daher, daß es sich um eine ganz gewöhnliche „Ente“ handelt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 18. Februar.

Der Zug von Schiffbauern, Schlossern, sowie überhaupt von Metallarbeitern nach Kiel ist streng fernzuhalten, da die Germania-Werft nachgewiesenermaßen Lohndrücker von auswärtig zu importiren versucht.

Schrecklich! Auf der Egelwiese der „Eisenbahn-Zeitung“ lößt „ein Nationalliberaler“ folgenden Schmerzensruf aus:

„Ich lese, daß ein bürgerlicher Verein zu seinen Beratungen auch einen sozialdemokratischen Verein hinzugezogen hat. Es giebt Leute, die da glauben, dadurch den sozialen Frieden herbeizuführen. Wer das glaubt, der irrt sich. Ueberall, wo die Sozialdemokratie in das Bürgerthum hineingekommen ist, hat sie dieses mundtot zu machen gesucht, nachdem sie durch scharfe Tonart oder Verunglimpfung der Gegner die guten bürgerlichen Elemente vertrieben hatte. Die Sozialdemokratie hat heute ihre eigene Presse und eine stramme Organisation, sie kann sich selbst helfen und hilft sich selbst. Deshalb überlasse man sie sich auch selbst.“

Als wir diese Zeilen lasen, da zweifelten wir keinen Augenblick mehr daran, daß nummehr die Hydra der Revolution breitet vor den Thoren unserer Vaterstadt des gezeigten Augenblicks harre, um sich auf ihre Opfer zu stürzen; denn daß ein sozialdemokratischer Verein zu Beratungen eines bürgerlichen Vereins hinzugezogen worden ist, das konnten selbst wir nicht fassen. Erklärlicherweise zogen wir denn nun nähere Erkundigungen ein und gelangten hierbei zu dem Resultat, daß der angebliche sozialdemokratische Verein der hiesige Arbeiter-Radsfahrverein ist, der gleich den übrigen Radsfahrvereinen seitens mehrerer Bürgervereine zu Beratungen bezüglich der Radsfahrwege hinzugezogen worden ist. Unser nationalliberaler Angstmeister kann also ruhig, die Zipfelmütze über den Ohren, weiterschlafen; der Umsturz ist noch in weite Ferne gerückt. Daß man aber einen sich hauptsächlich aus Arbeitern rekrutirenden Radsfahrer-Verein als „sozialdemokratischen Verein“ bezeichnet, und eine harmlose Sache dergestalt aufbauscht, beweist, welche Dimensionen der Sozialistenkoller, speziell bei den nationalliberalen Geisteshelden, bereits angenommen hat.

Ein neuer Scharfmacherverband? Am Sonntag hat sich in Kiel im „Hotel Germania“ eine Vereinigung gegründet, welche den Namen führt: Norddeutscher Arbeitergeberverband von Gewerbetreibenden der Herrenmaassschneiderei. Der Verband umschließt vorläufig die Städte Kiel, Lübeck und Flensburg. Es soll der Versuch gemacht werden, auch Hamburg und die mecklenburgischen und holsteinischen Städte und Orte zu diesem Verband heranzuziehen. Der Vorstand besteht vorläufig aus Kielern. Diese Gründung giebt den Schneidern der in Betracht kommenden Städte Veranlassung, mehr als bisher für Ausbreitung ihrer Organisation thätig zu sein, um etwaige Schläge dieses neuesten Scharfmacherverbandes von Anfang an abzuwehren zu können.

Wegen Vergehens gegen die Seemannsordnung wurde am 3. Januar d. J. der Steuermann Sch., vom hiesigen Schöffengericht zu insgesamt 250 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Hiergegen legten sowohl der Verurtheilte als auch die Staatsanwaltschaft Berufung ein, welche am Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer II zur Verhandlung gelangte. Der Thatbestand ist kurz folgender: Sch. war auf dem Dampfer „Alice Krohn“ bedienstet; das Verhältniß zwischen ihm und dem Kapitän war jedoch ein sehr gespanntes. Im Mai v. J. befand sich das Schiff auf einer Reise nach Sunderland. Eines Tages richtete der Angeklagte an den Kapitän die Frage, was er nun thun solle. Letzterer beantwortete die Frage dahin, daß ein Steuermann doch wissen müsse, was er zu thun habe. Die Folge war, daß die Weiden in heftigen Wortwechsel geriethen; am Schluß desselben bemerkte der Kapitän, wenn es ihm (dem Angeklagten) nicht passe, dann könne er ja gehen. Von dieser Zeit an hat sich der Steuermann dann als Passagier betrachtet und sich geweigert, seinen Posten auszufüllen. Erschwerend fällt ins Gewicht, daß er anlässlich des Wortwechsels der wiederholten Aufforderung des Kapitäns, zu schweigen, vor versammelter Mannschaft keine Folge geleistet hat. Der zweite Fall von Gehorsamsverweigerung ereignete sich auf der Fahrt des Dampfers von Blyth nach Wiborg. Nachdem das Schiff einige Stunden in See war, richtete der Kapitän wiederholt an den Angeklagten die Frage, ob er seinen Dienst nicht wieder aufnehmen wolle. Die Antwort des Angeklagten lautete regelmäßig, das siele ihm gar nicht ein; er bleibe dabei, was er gesagt habe. Der Angeklagte beharrte jedoch bei seiner Weigerung, sobald der Kapitän und der Bootsmann das Schiff haben allein führen müssen. In Wiborg ist der Angeklagte dann von Bord gegangen. — Der Vertheidiger des Angeklagten versuchte am Sonnabend den Nachweis zu erbringen, daß nur eine Uebertretung vorliege, welche inzwischen verjährt sei. Das Gericht war jedoch anderer Meinung; es hob das erstinstanzliche Urtheil auf und erkannte wegen des ersten Falles auf 100 Mk. Geldstrafe, wegen des zweiten Falles aber auf 1 Monat Gefängniß.

Der Fährbetrieb der Struckfähre ist Montag Morgen durch den Dampfer „Stednick“ aufgenommen worden. Die Ueberfahrten finden bis auf Weiteres von Morgens 5½ bis 8½ Uhr, Vormittags 11 bis Nachmittags 2 Uhr und Nachmittags von 4 bis Abends 7 Uhr statt. Die zwischen dem städtischen Ufer und dem Nordende des Behnquais verkehrende Fähre hat ihre Fahrten einstellen müssen.

Eine Vergrößerung der alten Kaserne wird im Laufe des Sommers durch Umbau beabsichtigt; zu diesem Zwecke werden Massenquartiere in der Stadt zwecks Unterbringung der Soldaten gemiethet werden.

Im Stadttheater wurde Montag Abend Mozarts „Zauberflöte“ wiederholt, um einer auswärtigen Künstlerin, die für die nächste Saison als Mitglied unserer Bühne in Aussicht genommen ist, Gelegenheit zu geben, sich vorzustellen: als „Königin der Nacht“ gastirte Elisabeth Droste vom Stadttheater in Posen. Wenn auch die „Kernflammernde Königin“ nur zweimal einen größeren Ausstrich in der Oper hat, so sind doch immerhin die Arien, die sie dabei zu bewältigen hat, genügend, einen Probirstein für eine Koloratursängerin abzugeben. Frä. Droste erwies sich als eine ziemlich routinirte Sängerin, die mit großer Geläufigkeit ihre Gesangsschnörkel aus der Kehle schmetterte, doch scheint das

Limbre ihrer Stimme etwas hart zu sein und jenen süßen Schmelz zu entbehren, den wir an unserer jetzigen Koloratursängerin, Hanna Lorenz, so häufig zu bewundern Gelegenheit hatten. Vielleicht giebt die Direktion der Sängerin Gelegenheit, sich noch in einer weiteren Rolle zu präsentieren, was sicher in allseitigem Interesse läge.

Dem Jahresbericht der Zahlstelle Lübeck des Central-Verbandes der Zimmerer Deutschlands entnehmen wir Folgendes: Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1902 282 gegen 206 am gleichen Tage des Vorjahres. An Verbandsbeiträgen gingen ein 3643,10 Mark, denen eine Ausgabe von 4016,89 Mark gegenübersteht, mithin ist ein Defizit von 373,79 Mark zu verzeichnen. Zur Deckung desselben wurden dem örtlichen Fonds 337,93 Mark entnommen, sodaß das neue Jahr mit einem Defizit von 35,86 Mark begann. Der örtliche Fonds hatte einen Kassenbestand von 1296,50 Mark zu verzeichnen. An Arbeitslosenunterstützung wurden im Vorjahre 3193,55 Mark verausgabt, an Extra-Unterstützungen 195 Mk., an die Bauarbeiter-Schutzkommission 95 Mk. 42 Pfg., für das Arbeitersekretariat 307 Mk. und für den Streifonds 400 Mk. Die Arbeitslosenunterstützung wurde bezahlt für die Zeit vom 1. Januar bis 15. April und vom 1. Oktober bis 31. Dezember. Seit dem Bestehen der Zahlstelle (1884) hat dieselbe noch nicht mit einer derartigen Arbeitslosigkeit zu kämpfen gehabt hat, wie im Vorjahre. Kurz nach Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals setzte dieselbe ein; es machte sich das Annähern einer schlechten Konjunktur bemerkbar, die sich beim Beginn des Vorjahres immer mehr verschlechterte. Betrug doch die Zahl der Arbeitslosen im ersten Quartal des Vorjahres wöchentlich durchschnittlich 86. An der vom Kartell veranstalteten Arbeitslosen-Zählung theilnahmen sich leider nicht alle Mitglieder, von 780 Organisirten nur 213. Von diesen 213 Mitgliedern wurden insgesamt 8420 Tage gefeiert; der Lohnausfall betragt pro Mitglied 158 Mk. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage mußte von Lohnbewegungen Abstand genommen werden, nur theilweise gelang es, kleinere Forderungen durchzusetzen. Der Besuch der Versammlungen ließ leider zu wünschen übrig; es wurden 25 Versammlungen abgehalten; in vieren sprachen Kamerad Stenkowski-Berlin und die Genossen Wiffel und Stelling. — Wenn man sich die ungünstigen Verhältnisse, unter welchen die hiesige Zahlstelle sehr schwer zu leiden hatte, vergegenwärtigt, dann kommt man unbedingt zu dem Resultat, daß die Lübecker Zimmerer mit der Entwicklung ihrer Organisation trotz des Mitgliederverlustes zufrieden sein können. Jetzt heißt es aber auch für sie, unablässig weiter arbeiten im Interesse des Verbandes, damit derselbe im laufenden Jahre mehr denn je erstarkt.

Uebersicht der Geborenen und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat Januar 1902. Geboren sind 206 Kinder, davon 99 männlichen, 107 weiblichen Geschlechts, todgeboren 8 Knaben, 2 Mädchen. Gestorben sind 64 Personen männlichen, 70 weiblichen Geschlechts, in Summe 134. Demnach Ueberbüch an Geburten 55 resp. 37, insgesamt 72. Auf 1000 Einwohner waren 29,74 Geburten, 18,69 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 41, von 1—5 Jahren 10, bis zu 10 Jahren: 1, bis zu 15: 4, bis zu 20: 4, bis zu 30: 11, bis zu 40: 9, bis zu 50: 6, bis zu 60: 9, bis zu 70: 19, bis zu 80: 10, bis zu 90: 7, über 90 Jahre: 3. Die Todesursache war Diphtherie in 1, Keuchhusten in 2, Tuberkulose in 11, Augenentzündung in 3, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 15, Magen- und Darmkatarrh, Durchbruchfall und Atrophie der Kinder in 9, Folgen des Wochenbersts in 2, Krebs in 10, angeborene Gebirgschwäche in 4, Altersschwäche in 8, Unfallsfall in 3, Selbstmord in 2, Gelenkrheumatismus in 2, Herzleiden in 2, Krämpfe in 9, Nierenleiden in 4, Wasserucht in 3, Schlagfluß in 6, Typhus in 0, Malaria in 2, Scharlach in 0, Miltbrand in 0, sonstige Krankheiten in 2, unbekannt in 9 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 49, Vorstadt St. Jürgen 18, St. Lorenz 31, St. Gertrud 18, die Krankenanstalten 18.

Strafkammer I. Eine ungeschöne Handlung sowie brachte den Schlachter Schw. am Montag auf die Anklagebank. Derselbe war im Dezember v. J. im hiesigen Krankenhaus untergebracht. Am 6. Dezember entwendete er einem anderen mit ihm in einem Zimmer beherbirgten Kranken, dem Arbeiter St., dessen 18 Mark enthaltendes Portemonnaie. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß der Angeklagte unmittelbar nach Verübung des Diebstahls über eine Mauer geklettert und dann die 18 Mark sowie einige Pennystücke, die ihm gehörten, an einem sicheren Orte vergraben hatte. Das Portemonnaie lag in einem Zigarrenkasten, welcher sich in dem Zimmer der beiden Kranken befand. Belästigt für den Angeklagten war der Umstand, daß er am anderen Morgen sofort, bevor Jemand etwas von dem Diebstahl wußte, hiervon erzählte und gleichzeitig behauptete, auch ihm sei Geld fortgenommen worden. Sofort hergestellte Gypsabgüsse von den Spuren des Täters führten dann zur Feststellung des Täters. Mit Rücksicht auf die mehrfachen Vorstrafen des Angeklagten erkannte das Gericht auf 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. — Durch einen dummen Jungenfreich ins Unglück gethürt, ist der Klempnerlehrling L., der im Vorjahre seinem Lehrherrn, dem Klempnermeister Sch., eine beträchtliche Quantität Metalltheile im Werthe von 30—40 Mk. entwendete und dieselben dann an den mitangeklagten Tröbder R. verkaufte. Der 17-jährige Angeklagte L. befand sich im letzten Lehrjahre und war als Auszuge seines Meisters ein tüchtiger, intelligenter Mensch. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß L. von dem R., dem die Herkunft der Sachen bekannt war, indirekt zu den Diebstählen verleitet worden war. Durch einen anonymen Brief kam die Sache schließlich ans Tageslicht. Das Urtheil lautete gegen den geständigen Angeklagten L. auf 6 Wochen Gefängniß wegen Diebstahls und gegen R., der jede Schuld leugnet, wegen gewaltsam und gewohnheitsmäßiger Hehlerei 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. — Um eine ähnliche Sache handelte es sich bei der Anklage gegen den Tischlerlehrling R., den Kupferschmiedelehrling H. und den Brodtkonhändler H. Die beiden Ersteren hatten ihrem Lehrherrn, Kupferschmiedemeister Schröder, gemeinschaftlich während der Zeit vom November 1900 bis Februar 1901 zu verschiedenen Malen Kupfer- und Rothguststücke entwendet und dieselben an den Mitangeklagten H. verkauft. Dann trat R. zurück und R. betrieb nunmehr das Geschäft auf eigenes Risiko bis zum Dezember 1901. Der Werth der entwendeten Sachen beläuft sich auf 300—500 Mark. H. war nach seinem eigenen Geständniß darüber informiert, daß die beiden Buchen bei Schröder in der Lehre waren. Aus der Vernehmung des Letzteren ergab

sch, daß ein Viehmeister entlassen worden ist, weil er zu viel verbraucht hatte; dieser Viehverbrauch ist aber von den beiden Lehrlingen entwendet worden. Das Gericht verurteilte K. zu 6 Wochen, R. zu 3 Monaten Gefängnis und S. zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. — Wäre es nicht angebracht, wenn in den beiden letzten Fällen gegenüber den jungen Menschen von der bedingten Verurteilung Gebrauch gemacht würde? Dieselben würden dann vielleicht vor der weiteren Verschleppung der Bahn des Verbrechens behütet werden können, während sie im Gefängnis unsehlbar verloren sind.

Achtung, Müller! Ueber die St. Jürgen-Dampfmühle, Rakeburger Allee 106, ist seitens der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Müller die Sperre verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Dem Mittelpunkt der Erde strebte eine Kuh zu, welche Montag Abend bei der Viehrampe am Bahnhof ihren Treibern entließ und schnurstracks die steile Böschung zum Stadtgraben herunterrannte, wo sie im Eise einbrach. Nur mit vieler Mühe gelang es das Thier wieder an das Ufer zu bringen.

Die nächste Bürgerversammlung findet am Montag, den 24. Februar, Vormittags 10 Uhr im Bürgerschaftssaale statt.

Kleine amtliche Nachrichten. In das Handelsregister ist eingetragen worden: die Firma: Sternberger Holzveredelungs-Manufaktur von Tidemand u. Lohrmann, Sternberg i. M. Zweigniederlassung in Lübeck. Inhaber: P. Ch. C. Lohrmann, Kaufmann, Lübeck.

pb. Festgenommen wurden am gestrigen Tage sechs Personen wegen Bettelns und zwei Personen wegen Trunkenheit.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Der Kutsher eines hiesigen Geschäftes brachte zur Anzeige, daß ihm am 15. d.

Mts. Abends zwischen 7 und 8 Uhr, während er mit seinem Wagen vor einem Hause der Emilienstraße hielt, eine Kiste mit Meizena, 5 Pfd. gebranntem Kaffee und 5 Pfd. Graupen gestohlen seien.

Entin. Ein schönes Fastnachtsgeheim ist den Einwohnern des Fürstentums Lübeck seitens der Regierung verehrt worden. Es soll nämlich auch im laufenden Jahre der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer von 20 Prozent weiter erhöht werden. Auch in der Kasse des Fürstentums scheint demnach ein großer Dalles zu herrschen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Zimmerer und Maurer Kiels befinden sich in einer Lohnbewegung, ihre Forderung erstreckt sich auf eine neunstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 65 Pf. Die Meister wollen 57 Pf. Stundenlohn zahlen, wollen aber der Forderung der Arbeitszeitverkürzung nicht nachkommen. — Auch die Schuhmacher Kiels wollen demnächst in eine Lohnbewegung eintreten. Es wird gefordert: Erhöhung des Minimallohnjahres von 17 auf 21 Mt., Gewährung eines Alforderschlags von 25 Proz. für genähte und von 15 Proz. für genagelte Arbeit, Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. — Die Schneider Flensburg haben einen neuen Lohnvertrag ausgearbeitet und ihren Arbeitgebern unterbreitet. Zuzug von Schneidern nach Flensburg ist fernzuhalten. — Der Sozialdemokratische Verein für den I. Hamburger Wahlkreis hatte am Schlusse des Jahres 1901 eine Mitgliederzahl von 2853 gegen 2624 im Vorjahre. Die Einnahme betrug 13 210,32 Mt., die Ausgabe 9544,81 Mt. An die Parteikasse sind 7500 Mt. abgeführt worden. In dem 3. Hamburger Wahlkreise sind im Vorjahre 10 Mal Flugblätter in einer Gesamtauflage von 1046 000 Exemplaren verbreitet worden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Am Sonntag ertranken beim Schlittschuhlaufen auf dem großen See in Schwerin der Bahnassistent Burmeister und ein

Schüler; mehrere andere Personen, welche gleichfalls eingebrochen waren, sind gerettet worden. — In Lübeck ist Luft wurde die Gründung einer Stenographenvereins nach dem System Stolze-Schrey beschlossen; Vorsitzender ist Lehrer Dechow. — Beim Schlittschuhlaufen brachen auf der Tollenste bei Neubrandenburg mehrere Personen ein, bis auf einen Unterprimaner, der erkrankt, konnten alle gerettet werden. — In Kiel erkrankt Sonntag ein 14-jähriges Mädchen beim Schlittschuhlaufen in der Schwentine. Ein Lehrling, der ihr zur Hilfe eilen wollte, brach gleichfalls ein, konnte aber im letzten Augenblicke gerettet werden. — Bei einer Explosion im Armenhause zu Ujassell bei Ederförde erlitt eine Wittve so schwere Brandwunden, daß sie nach kurzer Zeit verstarb. — Nach einer Depesche aus London bestätigt sich die Meldung von den 8 ertrunkenen Kindern glücklicherweise nicht. — In Neumünster erregt die Verhaftung des bekannten früheren Restaurateurs und Athleten Horn wegen Meineides großes Aufsehen. — Von einem Ober angefallen wurde in Gr. Lintrade bei Steinhorst ein Dienstmädchen; es erlitt erhebliche Verletzungen. — Nach einer Hamburger Meldung ging der Fischdampfer „Albatros“ während eines Sturmes in der Nordsee unter. 5 Personen ertranken. — Einen Mord- und Selbstmordversuch unternahm in Hamburg ein entlassener Schutzmannsawärter, der aus Eifersucht auf seine frühere Geliebte, eine Kellnerin, schuß, diese jedoch nicht traf. Als dann verletzete er sich selbst leicht. — 2 Buchhändler machten in Altona einen Ausbruchversuch, wurden jedoch auf dem Korridor entdeckt. — Von einer Lokomotive überfahren und getödtet wurde in Harburg der 50 Jahre alte Nachtwächter Schellin. — Vom Gangpöhl erfaßt und gleichfalls getödtet wurde in Wilhelmshaven auf dem Kreuzer „Victoria Louise“ der Matrose Figula. — Der in Bremen verstorbene Rentier Walte hat der Stadt 483 000 Mark für gemeinnützige Zwecke vermacht. — Die Nachricht von der Ergreifung des Postanwärters Kröger aus Senz soll nicht zutreffen.

Gestern Morgen 3 Uhr starb nach schwerer Krankheit mein lieber Mann, Vater u. Schwiegervater

W. Fiencke

im 63. Lebensjahre.

Dies zeigen an die tiefbetrübte Gattin Luise Fiencke Wwe. und Kinder.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 20. Februar, Morgens 9 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Glognitzstraße 32, aus statt.

Am 1. April zu vermieten ein leeres Zimmer mit Bodenkammer. Näheres B. Hoffstraße 44.

Am 1. April eine Parterre-Wohnung mit 3 Zimmern im Hinterhaus zu vermieten. Preis 230 Mt. Wohnstraße 60

Gesucht ein Lehrling unter günstigen Bedingungen. H. Kahrs, Schneidermeister, Geniu bei Lübeck.

Gejucht für jeden Montag 1 Waschfrau. Frau Johs. Küchenmeister, Glognitzstraße 24, part.

Zum Anfertigen von Knaben-Garde-roboten, auch von altem Zeug, empfiehlt sich Frau Schöning, S. Inrichstraße 28

Abfall-Mehl als Schweinefutter verkauft Plath, Ernestinenstraße 17c.

Als billige und gute Einkaufsquelle von Essig, Essigsprit, Heringen, Salzgurken, Sauerkohl, Anchovis, Käse u. s. w. Können wir

H. L. Wiegels vorm. J. C. Bunge 61 Fischergrube 61 empfehlen.

Pöfelfleisch sehr schön, Pfd. 30 Pfg. empfiehlt A. Kahle, Lakenburg-Kayrasbutz.

Vaterlandslose Gesellen.

Kurze Biographien der verstorbenen hervorragenden Socialisten des 19. Jahrhunderts.

Preis 30 Pfg.

Führer

Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Preis 40 Pfg.

Hochfeine Margarine!

Special-Marke „Natur.“

An Qualität unübertroffen! — Bräunt wie beste Naturbutter!

Fabrikanten: Klatt & Dittmann, Altona-Oriensen, ist erhältlich in folgenden Geschäften:

H. L. Wiegels, Fischergrube (vorm. J. C. Bunge)
H. Wiedow, Engelstraße
Gustav Herrmann, Balauerstraße
Aug. Paetow, Biegelstraße
Joh. H. Fick, Bahmstraße
H. Waedow, Bauhof
Johs. Holst, Bauwartstraße
Wilhelm Bollow, Ludwigstraße

L. M. Puls, Hanstraße
Heinr. Levermann, Klappenstraße
Carl Gühlike, Westhoffstraße
Carl Will, Sedanstraße
H. J. Hannemann, Karpfenstraße
Carl D. Dürkop, Strinradweg
Emil Tetzlaff, Brodesstraße
Wilh. Schnell, Sedanstraße

Weitere Verkaufsstellen werden errichtet durch den Vertreter:

Leopold Dose, Lübeck, Breitestraße 3, Fernsprecher 811.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Ferdinand Lassalle's

Reden und Schriften.

Neue Gesamt-Ausgabe.

Herausgegeben

im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Ed. Bernstein.

Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mt. —,20.

Bandausgabe:

Band I: gehftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—
in Halbfranz gebdn. (Leihhabereiband) „ 4,—
Band II: gehftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50
in Halbfranz gebdn. (Leihhabereiband) „ 5,50
Band III: gehftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—
in Halbfranz gebdn. (Leihhabereiband) „ 5,—

Zur Benützung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichporträt Lassalle's geschmückt.

Socialdemokratischer Verein

Großer wissenschaftlicher

Experimental-Vortrag

von H. Wempe, Privatgelehrter aus Oldenburg i. Gr.

Die neuesten Ergebnisse der electrischen Forschung am 3. und 4. März 1902 im grossen Saale des Vereinshauses, Johannisstr. 50/52.

3. März: Electrische Wellen und Strahlen, optische Analogie electrischer Strahlen, Telegraphie ohne Draht, Licht-electrische Telegraphie u. S. d. m. —
4. März: Ueber hochspannige Wechselströme, Tesla's Licht der Zukunft, Sarcin-Geleitsung, Nervenströme, deren Abhängigkeit von der Entwicklung, experimentell dargestellt (Bezüge von G. Pflüger, Gitter, Crook's a u im Zusammenhang), physikalische Materie.

Preis 20 Pfg. Anfang beide Abende 8 1/2 Uhr. Karten sind zu haben: Im „Vereinshaus“, Johannisstr. 50/52, bei C. Wittfoot, Sühr. 18, F. Lecke, Sühr. 3, H. Boyesen, Sühr. 18, L. Puls, Gr. Burgstr. 11, Wilh. Menschel, Sühr. 53, in der Exped. d. S. „Volksboten“ und bei allen hiesigen Vorstandsmitgliedern u. Districtsleitern. Die Karten sind nur für einen Abend gültig.

Der Vorstand.

Gehr. Fahrräder unter Garantie von Mt. 40—80. — Neue Geschäfte- und Arbeiterräder Mt. 140. — Schläuche 4 Mt., Räder 7.50 Mt. Laternen von 1 Mt. an. H. A. Hill, Johannisstr. 9, Reparatur, Werkstatt, gr. Radfabriker.

Prima dide Flohmen Band 70 Pfg. empfiehlt Wilh. Rieck, Lakenburg, Alter 63.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch den 19. Februar

Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52. Tages-Ordnung:

Vereinsangelegenheiten. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Der Vorstand.

Achtung Maler!

Vortrags-Abend am Donnerstag den 20. Februar

Abends präc. 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52. Referent: Redacteur Otto Friedrich:

Das Recht auf Arbeit. Wegen des interessanten und lehrreichen Abends erwartet zahlreiche Erscheinen. Der Vorstand.

Einladung zum

BALLE

der Sterbekasse der ehemaligen Lübecker Feuerwehr

am Donnerstag den 20. Februar im Lokale des Herrn Borgward, „Central-Hallen“

Eintritt 60 Pfg., einzelne Dame 20 Pfg. Anfang 7 Uhr. Ende Morgens. Das Comitee.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 19. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr. 118. Abon.-Vorst. 142. Vorst. 20. Mittwoch-Ab. Zum letzten Male:

Alt = Heidelberg. Donnerstag den 20. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr. 119. Abon.-Vorst. 143. Vorst. 19. Donnerstags-Ab.

Der Freischütz. Freitag den 21. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr. 144. Vorst. 25. Vorstellung außer Abonnement.

Vertheilung der Herr Oberregisseur Franz Bonnow. „Die Bedarmten.“ „Die Bege.“ „Die Verlobung bei der Laterne.“

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Anzeilen „Lübeck und Nachbargebiete“ sind die mit J. St. bezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Druck: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Schlußseite in Lübeck.

Nationalsoziales.

(Schluß.)

Vollends wirkte erheitend, daß die Pastoren, Pfarramtsverweser, Vikare und Professoren auch eine Partei bilden wollten. Sie wandten sich an die schon von Geistlichen und reichen Fabrikanten angeführten evangelischen Arbeitervereine, um Gefolgschaft zu gewinnen, mit dem riesigen Erfolg, daß es ihnen gelang, „ein paar sozialpolitisch farb verwaschene Gesichtspunkte als Inhalt für Vorträge und Diskussionen in den Vereinen“ aufzustellen. Die evangelischen Arbeitervereine wußten, wozu sie da waren, und verhielten sich gegen die Naumann'schen Werbungen recht zurückhaltend.

So fielen die ersten Versuche des Fröschchens aus, auf trockenem Lande zu wachsen. Mehr und mehr reifte es zu einem ganz weltlichen Geschöpf heran, und im Jahre 1895 hörte man es fast von nichts als vom „nationalen Prinzip“ quaken. Im folgenden Jahre ließ es seine Stimme auf dem Erfurter Kongress der Nationalsozialen laut vernehmen. Es verglich sich mit der großen Sozialdemokratie und erklärte, ganz ebenso groß, nein — größer als sie werden zu wollen. Eine neue „Partei der Arbeit“ wollte man sein. „Die ökonomische Befreiung des vierten Standes halten wir für den Eckstein unserer Bestrebungen“, lautete ein Satz in einem Programmentwurf. „Wir müssen in wirtschaftlichen und sozialen Fragen radikal sein, sozialistisch sein“, sagte ein Wortführer. „Wir müssen mit dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt beginnen . . . um wahrhaft sozial zu sein, muß man auch international sein“, meinte ein anderer. „In der Sozialpolitik sind und bleiben wir der Bruder der Sozialdemokratie“, meinte Naumann selber. Man nahm den Mund noch voller: „Es ist die Partei der Arbeit, die wir gründen.“ „Wir wollen uns selber, wenn möglich, an die Spitze der Arbeiterbewegung stellen; wir wollen die sozialdemokratische Führung ablösen“, sagte Herr Sohm. Der Frösch blähte sich schon ganz fürchterlich.

Aber es ist geforscht, daß sich Frösch nicht zu hoch aufblasen. Naumanns Haut, von dem immer beschränkenden wirkenden „nationalen Prinzip“ umspannt, konnte sich nicht endlos ausdehnen. „Im Interesse des Vaterlands wollen wir Nationalsozialen in die soziale Bewegung eingreifen“, meinte er. Und das Vaterland, das ja in erster Linie das Vaterland des Kaisers ist, braucht Kanonen, Kanonenfutter, eine „starke Flotte“, chinesische Kolonien. Zwar hatten sich unsere Gefühlssozialisten der Hamburger Hafenarbeiter bei ihrem Streik im Jahre 1897 rührend angenommen, aber auf ihrem zweiten nationalsozialen „Parteitag“ wurde schon von einer zahlreichen Gruppe als Hauptziel nationalsozialen Strebens die Bekämpfung der Sozialdemokratie bezeichnet. Wohl wurde die Resolution, die das aussprach, nicht angenommen, aber dafür bei der Flottenvorlage des Winters 1897/98 um so energischer mit der That der Gegensatz zur Sozialdemokratie betont und im Sommer 1898 bei den Reichstagswahlen betätigt. Die Deynhäuser Rede, die bald hernach gehalten wurde, ließ die merkwürdigen Sozialisten ruhig an der Seite desessen, der den Krieg gegen alles proletarische Aufwärtsstreben angefangen hatte, und Naumann schob in einer Rede, die den langanhaltenden stürmischen Beifall seiner Getreuen verdiente, einen Theil der Schuld an der Deynhäuser Rede der — modernen Arbeiterbewegung zu. Am richtigen Platz war Naumann nicht Schulter an Schulter mit den Arbeitern und der Sozialdemokratie, sondern unter dem freiwilligen Gefolge des Kaisers bei dessen romantischer Orientfahrt. Auch bei der letzten unsinnigen Flottenvorlage war sein Fähnlein auf der Seite der Feinde der Arbeiterschaft und beim Chinafeldzug hatte dem Naumann der „nationale Gedanke“ das Hirn so stark eingenom-

men, daß er — was Göhre wohl hätte besonders hervorheben dürfen — in der bekannten Bremerhavener Rede, und zwar wie sie von der „Nordwestdeutschen Zeitung“ wiedergegeben war, den Gipfel politischer und militärischer Weisheit sah und gar in einem patriotischen Paroxysmus noch von sich aus forderte, nur ruhig 50000 Chinesen auf einmal umzubringen, um sie nicht weiter füttern zu müssen. Aus dem Jesus- und zugleich Marxverehrer war in ganz kurzer Zeit ein gewöhnlicher Nordseepatriot, aus dem hübschen munteren Wesen eine solch widerliche Erscheinung geworden.

„Das Nationale“ hatte den Sieg errungen und mit „dem Sozialen“ war's nun Essig. „Seit 1898 schon haben sich die Nationalsozialen kaum ernstlich mit der Durchdringung irgend einer sozialistischen, ja kaum einer Arbeiterforderung überhaupt beschäftigt“ — sagt Göhre mit Recht.

Immer mehr verläuft das kümmerliche soziale Wässerchen, das diesen „Arbeiterführern“ sein Dasein verdankt, im Sand und — in der Gesellschaft für soziale Reform des Herrn von Verlepsch. Denn in den Spaltungs- und Schwächungstendenzen, mit denen sie der modernen Gewerkschaftsbewegung gegenüberstehen, und den Versuchen, die „Dernsteinianer“ zu sich herüberzuziehen, wird man kaum eine nennenswerthe Thätigkeit sozialpolitischer Art sehen dürfen. Es ist ihnen nicht mehr sozial, sondern liberal das liebste Wort.

Göhre stellt sie darum unmittelbar neben die um Rickert. Man könnte sie ebenso gut wie zur Freisinnigen Vereinigung auch zur nationalliberalen Partei stellen, wenn nicht ein gewisser starker Haß gegen die feudalen Agrarier sie noch von ihr grundtätig trennen würde. Man darf aber nie aus dem Auge lassen, welche fruchtbarsten Reime der Weiterentwicklung von jeher das „nationale Prinzip“ in sich geborgen hat und die Begeisterung der Nationalsozialen für die Größe des Kaiserthums, das sich auf die Edelsten der Nation stützt, und den jetzigen Träger dieser Würde, der so merkwürdige Ansichten über seine Herrscher Aufgabe hat, noch besonders in sich bergen muß.

Es ist schade. Das nationalsoziale Fröschchen hätte ein nettes und dazu nützliches Thierchen sein können, wenn es dabei geblieben wäre, die anti-sozialen Mäusen, Grillen, Schnaken und Bremsen, die in der bürgerlichen Welt noch massenhaft herumfliegen und die der Sozialdemokratie manche Plage verursachen, aufzuschnappen und zu vertilgen. Aber es wollte nicht bleiben, was es allein sein konnte, sondern groß werden wie ein Stier, Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie stehen. Jetzt ist ihm nach den unsinnigen Anstrengungen, mit denen es sich aufblähte, sein ganzer früherer guter Appetit verloren gegangen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Weigsdorf bei Sörlitz streiken die Weber der Fabrikfirma Göhle u. Co. wegen Lohnunterschieden und Arbeiterentlassungen. Einigungsversuche, die seitens der Arbeiter unternommen wurden, blieben erfolglos. — Die Fabrikanten der Textilbranche in Meerane beschloßen nach dem Vorgange von Greiz und Reichenbach bei dem Scheitern der Unterhandlungen mit den Arbeitern gleichfalls Massenauflösungen sämtlicher Arbeiter vom 8. März ab. Die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiter beträgt 4—5000. — Die Firma Walther in Erfurt sucht in verschiedenen auswärtigen Blättern Steinmehlen nach Erfurt. Der Platz ist gesperrt, weil Walther die dort beschäftigten Steinmehlen zwingen wollte, 20 Prozent unter dem bestehenden Tarife zu arbeiten. — In der Waschmaschinenfabrik von Adam Schmidt in Saalfeld spitzt sich der Konflikt immer mehr zu. Da Herr Schmidt keine Miene zu Unterhandlungen macht, werden nach Ablauf der Kündigungsfrist (am 22. Februar) 15 Wötker und 31 Tischler, Schneidmüller und Handarbeiter die Arbeit nieder-

legen. Inzwischen maßregelt Herr Schmidt weiter. Erst dieser Tage wieder hat er vier Metallarbeiter entlassen, weil sie es gewagt hatten, in einer Versammlung von den Fabrikanten zu erzählen. Zugung von Wötkern und Holzarbeitern ist deshalb von Saalfeld fern zu halten. — Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter von Halberstadt haben ihren Arbeitgebern einen neuen, auf zwei Jahre gültigen Lohnvertrag vorgelegt. Derselbe fordert für das erste Jahr eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. für das zweite Jahr eine solche von weiteren 2 Pfg. pro Stunde. Die Forderung einer Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde wurde fallen gelassen, weil die Arbeitgeber wenig Geneigtheit zum Entgegenkommen zeigten. — (Ein eintägiger Gasarbeiterstreik fand in Biel (Kanton Bern) statt und zwar wegen der Entlassung von 3 Monteuren. Nach Zeitungsberichten wurden die Entlassungen, wobei es sich offenbar um Maßregelungen handelt, aufrecht erhalten und nahmen die Streikenden ohne Zugeständnisse seitens der Direktion die Arbeit wieder auf. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen der kaatlichen Tabakmanufaktur zu Rom sind in einen Streik eingetreten. Sie hatten eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen (Löhne, Arbeitszeit usw.) verlangt. Die Direktion lehnte nicht nur diese Forderungen ab, sondern weigerte sich auch, mit einer Kommission zu verhandeln. Darauf stellten die Arbeiter ihre Thätigkeit ein; sie haben nun beschlossen, eine Eingabe an den Finanzminister zu machen. — Die Arbeiter von fünf Desfabriken in Marseille sind in den Streik eingetreten. Sie fordern die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden (jetzt wird 11 und 12 Stunden gearbeitet), Abschaffung der Kantinen innerhalb der Fabriken, Erhöhung des Lohnes um 50 Cent. pro Tag und Gewährung einer einständigen Pause, um ihre Mahlzeiten einzunehmen. In zwei Fabriken ist, infolge Bewilligung, die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden.

Eine Zählung der Arbeitslosen beschloß der Gemeinderath in Stuttgart. Es soll jedoch nicht etwa von Haus zu Haus gezählt werden, vielmehr sollen sich die Arbeitslosen an bestimmten Stellen selber zur Eintragung melden. Der ganze Umfang der Arbeitslosigkeit wird dadurch wahrscheinlich nicht ermittelt werden können. — In Hannover hatte das Gewerkschaftsamt schon im Dezember durch Zählung 3590 Arbeitslose ermittelt. Die Wiederholung der Zählung jetzt ergab 5734 Arbeitslose, also eine erhebliche Steigerung gegen Dezember. Dabei stehen noch eine Anzahl Listen aus.

Ein Sieg. Bei der Charlottenburger Stadtverordnetenwahl am Freitag im 4. Bezirk zu Charlottenburg wurde der sozialdemokratische Kandidat gewählt.

Das Straffkonto der deutschen Arbeiterbewegung wurde im Monat Januar 1902 nach den Aufzeichnungen des Parteivorstandes belastet mit 2 Jahren 7 Monaten und sechs Wochen Gefängnis und 1255 Mk. Geldstrafe.

Der Parteitag der niederländischen Sozialdemokratie wird an den Ostertagen zu Groningen stattfinden. Am Sonnabend, den 29. März, dem Vorabend des Kongresses, soll eine festliche Zusammenkunft im Cafe Rasnapolsky, in welchem Lokal auch der Kongreß tagen wird, abgehalten werden.

Eine absterbende Hausindustrie. „Stahl und Eisen“ berichtet in den ersten zwei Hefen des Jahrgangs 1902 über die hausindustrielle Nagelschmiederei der Wallonen, eine seit mehr als 500 Jahre bestehende Hausindustrie. Wie diese nun absterbt, zeigen die folgenden Angaben: In Fontaine l'Évêque, welches Anfangs 1896 noch 20 Nagelschmiede aufweisen konnte, besteht zur Zeit nur noch eine Handwerkschmiede und an anderen Orten sind dieselben seit 1899 ganz verschwunden. Nur für gewisse Nagelarten, bei denen entweder die Nachfrage eine so geringe ist, daß der Maschinenbetrieb für deren Erzeugung nicht gewinnbringend erscheint oder die Formen derart kompliziert sind, daß diese nicht mit

Duell und Ehre.

Von Friedrich Thieme.

Schluß.

(Nachdruck verboten).

Das gerechte Schicksal hat mir eigene Kinder versagt, und mir zwei Gräber gegeben für das eine, das ich mit freier Hand aufgethan — ich hoffe, Du sollst einst mein Sohn werden — und nun steht Du vor mir mit der Bitte, ich möge Dich den dunklen Pfad Deines unglücklichen Bruders betreten lassen.

Höre mich an, Lothar. Du willst lieber sterben, als Deine Ehre verlieren, sagst Du — ich weiß nicht, wie weit Deine Verblendung geht. Ich fürchte, Du könntest mir Wort halten, und deshalb — hier suchte es wie der Widerschein tiefer Wehmuth über sein Gesicht — „deshalb gebe ich Dir Dein Ehrenwort zurück — Du sollst freier Herr Deines Willens sein, und nur das eine verlange ich von Dir, daß Du nach meinem Weggange hier, hier an dieser Stelle, am Grabe Deines von mir im Duell erschossenen Bruders, über meine Geschichten und meine Aeußerungen nachdenkst und hier an Ort und Stelle Deinen Entschluß fassst.

Und nun noch wenige Worte: Fällt Du die Handlungsweise Deines Bruders für eine wahrhaft rechte und edle? Ich will nicht von dem Bahnhofs sprechen, der in der Willenslosigkeit zu Tage tritt, sich einem Vortheil zu Liebe einem bewährten Gegner gewissermaßen waffenlos auszuliefern, und nicht von der Nichtswürdigkeit, die in dem Verhalten dieses Gegners zu Tage tritt, einen Mann, der sich nicht vertheidigen kann, wie ein Wild über den Haufen zu schießen. Ich will nur sein Verfahren beurtheilen in seiner Beziehung zu Dir und Deinen Angehörigen. Was wog wohl schwerer in der Waagschale der wahren Ehre, die heiligen Pflichten gegen die Menschen, die sich für ihn aufgeopfert und die ohne ihn dem Elend preisgegeben waren, oder die Pflichten gegen eine Gesellschaft, gegen deren Vortheil Vernunft und

Empfindung in gleicher Stärke Front machen? Wer mit Ausnahme weniger ganz verblendeter Menschen wird nicht das Thun Deines Bruders verurtheilen? Wie es von mir eine Fribolität ohnegleichen war, den Mann, den ich so schwer gereizt, auch noch zu tödten und seine Familie des Ernährers zu berauben, so war es von seiner Seite eine erbärmliche Feigheit, seine Mutter und Schwester, denen er so viel schuldete, schnöde im Stich zu lassen, aus Furcht vor einigen unangenehmen Konsequenzen und in willkürlicher Unterordnung unter einen Lobez, den selbst das Gesetz verdammt! Eine um so größere Feigheit, als er wußte, daß er seinem Widersacher nicht gewachsen war, ein feiger Selbstmord, ein hinterlistiger Verrath an den Seinen, die er dem grenzenlosesten Elend überließerte um einer lächerlichen Kapbalgerei mit einem unreifen, unverschämten, halbtrunkenen Wicht willen! Seine äußere Ehre hat er gerettet, wirst Du sagen — aber seine innere, seine wahre Ehre hat er mit Füßen getreten, er ist an seinen Angehörigen, ist an Dir zum Schurken geworden!

Du stehst jetzt vor der gleichen Entscheidung, Lothar. Du wirst mir entgegen, daß Dein Fall wesentlich anders liegt, daß Du keine Angehörigen mehr hast, denen Du die Erhaltung Deines Lebens schuldig bist. Du irrst. Nicht nur haben Deine Eltern arme Verwandte hinterlassen — Du sprachst seiner Zeit von einem Onkel mit zahlreicher Familie — sondern jeder von uns hat Pflichten gegen die Menschheit und gegen sich selbst, denen er sich nicht leichtfertig entziehen darf. Wir kennen den Zweck unseres Daseins nicht, aber wir ahnen ihn und haben uns instinktiv den Bau einer erhabenen Entwicklung errichtet, an dem jeder von uns nach seinen Kräften zur Mitarbeit verpflichtet ist. Du hast einen Beruf erwählt, in dem Du mit Deinen Gaben und Deinem regen Humanitätsgefühl außerordentlichen Nutzen zu stiften vermagst — willst Du Deine Kräfte um so lächerlicher Bagatelle willen der Menschheit entziehen?

„Du weißt so gut wie ich, daß dieses unselige Duell für Dich ebenso gut wie für Deinen Bruder ein Selbstmord ist — willst Du neben das Grab Deines Bruders Dein eigenes stellen und an Deinen Namen das Odium der Thorheit heften? Alle Vernünftigen werden Dich verdammen, wie sie Deinen Bruder verdammt haben, sie werden Euch beide die Narren der Schein Ehre schelten. Denn wisse, der größte Theil derjenigen, die sich dem Moloch dieses mittelalterlichen Ehrbegriffs opfern, thut dies durchaus nicht aus der inneren Ueberzeugung heraus, daß er wirklich einer Forderung wahrer Ehre genügt, sondern aus Furcht vor dem Berruf, in welchem er zu gerathen fürchtet, und Dein gesunder Sinn verbürgt mir, daß auch Du zu diesen letzteren gehörst. Du möchtest nicht als feig gelten — nun, was kann es Dir, wenn Du nur selbst vor Deinem inneren Gehalt, von Deinem Muth überzeugt bist, verschlagen, ob eine Anzahl nicht auf der Höhe der Zeit und Kultur stehender Personen gegen Dich diesen Vorwurf erhebt? Niemand weiß, wie sie selber gegebenen Falles sich verhalten würden, denn wer mit dem Leben anderer Menschen am freigiebigsten ist, hütet in der Regel sein eigenes am sorgfältigsten! Warum verachtest Du nicht lieber das Urtheil solcher Thoren, als dasjenige der Vertreter der Vernunft und echter Geistesreife? Warum willst Du Dich wie ein Blinder den zurückgebliebenen Willen einer gesellschaftlichen Clique anmaßigen lassen, statt ihm stark und kühn zu widersprechen? Du bist dann nicht besser als ein Schwächling, welcher selbst der lächerlichsten Mode seinen Hohn entrichten zu müssen glaubt. Nicht wenn Du widersteht, sondern wenn Du nachgiebst, handelst Du feig! Es gehört ein größerer Muth dazu, gegen dem Strom der irgeleiteten Meinung zu schwimmen, als sich von ihm fortreißen zu lassen, und daß Du physischen Muth besitzt, hast Du gerade in Deinem Beruf, der Dich in manchen Zeiten täglich in Todesgefahr versetzt, fattsam Gelegenheit zu bekommen. Bedenke Dein Gewissen, Lothar! Gehegt, Du hättest wirklich wider Erwarten das — Glück, oder sagen

Maschinen hergestellt werden können, hat diese Hausindustrie noch Aussicht, nicht gänzlich zu erlöschen. Je mehr das Betriebswesen sich entwickelt, je leichter es den Arbeitern wird, aus ihren weltabgeschiedenen Arbeitsstätten in die Industriehäute zu gelangen, desto kürzer wird die Lebensdauer dieser absterbenden Industrie sein.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung in der Schweiz. Die städtische Arbeitslosenkommission in Zürich, welche Anfangs Dezember des vergangenen Jahres in Thätigkeit trat, hat, wie man der „Frankf. Ztg.“ schreibt, bis zum 28. Januar an 1307 Erwachsene mit 1255 Kindern Arbeitslosenunterstützungen aus städtischen Mitteln gegeben, doch zeigt es sich schon jetzt, daß der für Unterstützungen ausgelegte Kredit von 30 000 Franken nicht ausreichen wird; der Stadtrat begehrt deshalb einen Kredit von 15 000 Franken. Von den bisher Unterstützten waren 738 (56,5 Proz.) Schweizer, 569 (43,5 Proz.) Ausländer; von den Kindern entfielen 560 auf unterstützte Schweizer, 595 auf unterstützte Ausländer. Die Unterstützungsquote per Tag beträgt für Erwachsene 60 Rappen, für jedes Kind 30 Rappen. Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit in der Schweiz während des letzten Quartals des verfloffenen Jahres informiert eine vom städtischen Arbeitsamt Zürich gemachte Zusammenstellung der neun öffentlichen Arbeitsbüros der Schweiz. Danach meldeten sich in der angegebenen Periode bei den Arbeitsämtern in Zürich, Bern, Genf, Basel, Winterthur, Luzern, Biel, St. Gallen, Schaffhausen im Ganzen 9930 Arbeitslose (7386 männliche, 2644 weibliche); Arbeitsvermittlungen erfolgten insgesamt 4420 (an männliche Personen 3111, an weibliche 1309). Es ist zu bemerken, daß es sich bei dieser Statistik nur, wie erwähnt, um die öffentlichen Arbeitsnachweise handelt, Arbeitsnachweise der Fachvereine wie private Arbeitsnachweise jedoch nicht in Betracht gezogen sind. Die Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmangel, welcher im verfloffenen Jahre, wenn auch latent, vorhanden war, hat auch auf die Zahl der Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1901 zurückgewirkt. Im verfloffenen Jahre kamen nur 76 Lohnbewegungen und 40 Streiks, gegen 115 (62 Lohnbewegungen, 53 Streiks) im Jahre vorher, was einem Rückgange von rund 40 Proz. gleichkommt.

Aus Nah und Fern

Kleine Chronik. Die Strafkammer in Glogau verurteilte den Parlamentarier und Stadtrat Traugott Hartmann aus Grünberg wegen Unterschlagung und Untreue zu 4 Monaten Gefängnis. Hartmann hatte in der Zeit vom Januar 1897 bis April 1900 als Forstbezerner 3320 Mark amtliche Gelder unterschlagen. — Die 14 Jahre alte Tochter der Kurbelkinderin Friederike Fuchs in Berlin pürzte beim Fensterputzen aus der im dritten Stock des Hauses Ritterstraße 113 gelegenen Wohnung auf den Hof hinab und fiel auf einen Schneehaufen, der den Sturz abschwächte, daß sie sich nur eine Verrenkung des rechten Fußgelenks und leichte Hautabrisse an den Händen zuzog. Glück muß der Mensch haben! — Ein Opfer der Kuppelschere ist die jugendliche Ehefrau des Schneidermeisters Stegelitz zu Lüderitz in der Altmark geworden. Sie wollte einen „Schönheitsfehler“ beseitigen und hatte zu diesem Zweck auf den Rath einer „klugen“ Frau geheime Getränke genossen, welche, wie die Obduktion der Leiche ergeben hat, ihren Tod herbeiführten. — Der Schlächtermeister Wahl in Fulda wurde wegen Nahrungsmittelverfälschung und Verkaufs von tuberkulösem Kuhfleisch zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. — Die Strafkammer in Köln kam in die Lage, einen Angeklagten zu verurtheilen, dessen Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte, trotzdem er schon ein Jahr in Untersuchungshaft sitzt. Er will ein Artillie Karl Degen aus Leuzitz in Sachen sein, aber der wirkliche Degen war als Zeuge bei der Verhandlung zugegen. Spezialität des Gauners, der eine Tätowierung „A. J. Magdeburg“ auf dem Arm trägt, war, bei seinen Diebstählen in Herbergen fremde Legitimationspapiere an sich zu bringen und durch diese den Verdacht der Thäterschaft auf die Bestohlenen zu lenken. Wegen sieben Diebstähle wurde der Unbekannte schließlich zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. — Die Strafkammer in Aachen verurteilte den Hilfsrangiermeister Hossen, welcher auf Station Herzogenrath seit Jahren nach Holland bestimmte Waggons gepündert und hauptsächlich Tuche gestohlen, zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Externtermin. — Donnerstag

Abend wurden bei Mühlhausen zwei jugendliche Fabrikarbeiterinnen von 18 bis 20 Jahren von dem Röhler Schnellzug überfahren und auf der Stelle getödtet. Die eine wurde zur Seite geschleudert, die andere etwa 100 Meter weit geschleift. Das Unglück wurde dadurch möglich, daß ein langer Güterzug vorüberfuhr, und daß die Mädchen die Barriere öffneten, um gleich hinter diesem über das Geleise zu springen. Dabei wurden sie vom Schnellzug, den sie nicht gesehen hatten, erfaßt. — Ein jugendliches Liebespaar, ein Gymnasiast und eine Dienstmagd, ertränkten sich in München in der Isar. Beide standen im Alter von 17 Jahren. — Die von uns erwähnte Privatklage in Stuttgart, die zu einem Sensationsprozeß führen sollte, ist, wie jetzt von mehreren Seiten mit Bestimmtheit gemeldet wird, durch außergerichtlichen Vergleich erledigt worden. — In Saragossa (Spanien) wurde eine Schwester des ehemaligen spanischen Gesandten in Brüssel, Grafen Vinaza, von ihrem Gatten ermordet. Dieser verübte sodann Selbstmord. Das furchtbare Verbrechen erregt großes Aufsehen.

Alkoholisismus bei Kindern. Aus Berlin wird gemeldet: Als chronischer Trinker entpuppte sich der kaum 10jährige Sohn eines früheren Fabrikanten. Der Knabe fiel häufig die Treppe hinunter und mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden. Anfangs nahm man an, daß ein unglücklicher Zufall an dem Sturz schuld sei, in Wirklichkeit aber hatte der Knabe, wie sich jetzt herausstellte, einen soliden Kausch. Die ärztlichen Untersuchungen haben den Knaben als chronischen Trinker entlarvt. Ein zweiter Fall wurde am Donnerstag vor Gericht verhandelt. Eine Gärtnersfrau hatte Franzbranntwein gekauft, um sich und ihren beiden Mädchen, die im Alter von sechs und dreieinviertel Jahren standen, den Kopf zu waschen. Sie ließ den Rest in einer Selterwasserflasche in der Küche stehen. Die Eheleute schliefen mit den Kindern in der Wohnstube. In einer Nacht fand das 3 1/2-jährige Kind zweimal auf und ging nach der Küche, angeblich, um ein Bedürfnis zu verrichten. Später erwachte das Kind nicht mehr, es lag im Schlafe stöhnend und mit Schaum vor dem Munde im Bett. Am nächsten Abend war das Kind todt; wie der Obduktionsbefund ergab, ist es an Herzlähmung infolge von Alkoholvergiftung gestorben. Die Beweisaufnahme ergab aber auch noch, daß der Vater die Kinder gelehrt hatte, Schnaps aus der Flasche zu trinken und zu diesem Zweck den Patentverschluss zu öffnen! Nach dem Antrage des Staatsanwalts wurde die unglückliche Mutter freigesprochen.

Das Ende vom Liede . . . In Celle erhängte sich aus Nahrungsorgen ein Arbeiter, welcher in den Kriegen 1866 und 1870/71 das Deutsche Reich begründet half.

„Man darf Gott nie vorgreifen.“ In Heft 7 der „Grenzboten“ (Verlag von Fr. W. Grunow in Leipzig) lesen wir: In der Chemnitzer Konferenz vom 4. Februar wurde über die Reichsverbrennung verhandelt. Nach dem Bericht des „Leipziger Tageblatts“ vom 6. Februar nahm die Konferenz eine Erklärung an, in der sich folgende Sätze finden: „Wir stehen und fallen mit Gottes Wort als Glieder der christlichen Kirche. Darum bekämpfen wir den Leichenbrand, der ein Eingriff in das Recht ist, welches unserem Gott als unserem Schöpfer, Erlöser und Bollender über unseren Leib allein zusteht.“ „Es steht uns als Gottes Kinder kein freies Verfügungsrecht über unseren Leib zu.“ — Das klingt sehr feierlich und sehr zurechtweisend und ist gewiß sehr gut gemeint. Aber dem evangelischen Christen, der nicht vergißt, daß Jesus die Seinen ermahnt: „Habt allezeit Salz bei euch“, dem kann bei diesem „Zeugnis“ sorgenvoll zu Muth werden. Die Erklärung erinnert an eine Geschichte, die vor Jahren in Berlin viel besprochen wurde. Der Pastor Knaut, der auch für das Stillestehen der Sonne und des Mondes im Thale Hjalon ein Zeugnis abzulegen sich berufen fühlte, hielt es für seine Pflicht, als Seelsorger einer ihm nahestehenden Familie von der Operation eines Schwerkranken abzurathen, trotzdem der Arzt sie für notwendig erklärt hatte. „Man darf Gott nie vorgreifen“, sagte er. Er meinte, eine solche Operation sei ein Eingriff in das Recht, das unserem Gott über unsern Leib allein zusteht.“ Als er nach einigen Tagen mit D. Büchel im Regen spazieren ging, hatte er allein einen Regenschirm mit, den er aufspannen kein Arg nahm. Da ergriff Büchel den Schirm mit den Worten: „Lieber Bruder, man darf Gott nie vorgreifen.“

Die ihm das Gezeigt nur irgendwie zubilligt. Und um gleichzeitig darzutun, daß nicht Feigheit den Beweggrund meines Handelns bildet, bin ich auf dem Wege, mich einer weit ernstern Gefahr zu stellen, als sie das Duell bietet, einer Gefahr, angeht deren schon mancher tapfere Kämpfer zum zitternden Feigling geworden ist! Aber die Handlung, die ich vorhab, steht nicht im Dienste der Thorheit, sondern der Humanität! Usterwegs vernahm ich von einem Freunde, daß im bakteriologischen Institut infolge unvorsichtiger Umgehens mit Bazillen ein Pestfall vorgekommen ist. Einer der Assistenten ist erkrankt, alles ist vorläufig vor Schrecken und Bestürzung. Der Unglückliche soll isolirt und ihm ein Arzt und eine Wärterin beigegeben werden, die mit ihm eingesperrt und deren Leben natürlich im höchsten Grade bedroht ist. Ich will hingehen und die ärztliche Behandlung des Unglücklichen übernehmen.“

Der Rechtsanwalt schwieg und blickte trübe vor sich nieder. Dann sagte er weiter nichts als „Geh mit Gott, mein Sohn!“ und preßte den jungen Mann tiefbewegt an seine Brust.

Literarisches.

Die illustrierte Romanbibliothek „Im Freien Stunden“ in Wochenheften zu 10 Bg. hat mit der Auswahl des Romans: „Der Bastard“ aus dessen charakteristischen Illustrationen zweifellos einen guten Griff gethan; aber auch der sonstige Roman „Im Banne der Dämonen“, dem bald Loti's ergreifender Roman „Ein Seemann“ folgt, hat allgemeinen Anklang gefunden, wie die mit jedem Heft steigende Abonnentenzahl darlegt. Wir empfehlen die „Freien Stunden“ bestens und unsere Expedition liefert zu jeder Zeit aus dem reichhaltigen Probehefte und Sammelmaterial für Vereine und Versammlungen.

Ein Ausstellungs-Spigel. Unser Düsselborfer Parteiblatt berichtet: Vor einiger Zeit kam der hiesige Kriminalkommissar Josefs zu einem auf der im Bau befindlichen Ausstellung beschäftigten Ober-Monteur und fragte, ob es nicht möglich sei, einen „Gewährsmann“ für die Polizei“ anzustellen. Josefs habe einen Mann. Der Mann sei ein tüchtiger Arbeiter, und die Polizei müsse doch bei einer solchen Menge Arbeiter ihren Gewährsmann haben, um die Leute wegen etwaiger sozialistischer Umtriebe zu überwachen. Der Monteur antwortete, daß er vorläufig keine Beschäftigung für Hilfsarbeiter habe, doch solle der Mann notirt werden. Nach 14 Tagen kam ein Herr in Zivil zu dem Ober-Monteur, legitimirte sich als Kriminal-Schutzmann Schmitz, und sagte, er komme im Auftrage des Kommissars Josefs, und sagte, der Anstellung des von diesem empfohlenen Schlossers sei. Dem Schutzmann wurde abermals verneinend geantwortet. Abermals nach 14 Tagen kam wieder Kriminalkommissar Josefs und erneuerte sein Verlangen. Darauf sagte der Ober-Monteur zu, der Mann solle sich vorstellen. Und am dem Morgens kam dann ein ca. 36 Jahre alter Mann, der sich Johann Sandner nannte. — Die Düsselborfer Polizei wendet nicht allzu große Schamhaft an, um das Spigelheer gegen den inneren Feind zu rekrutiren. Für die „Moral“ der Staatsstufen ist der Vorfall jedenfalls bezeichnend.

Genosse Max Regel, langjähriger Redakteur des „Wahren Jakob“, erkrankte Ende voriger Woche in besorgniserregender Weise an der Gesichtsröthe. Wenn es sich jedoch erweisen sollte, daß sein Körper ebenso unverwundlich ist wie sein Humor, so dürfen wir hoffen, daß er uns noch recht lange erhalten bleiben möge, zur Freude der Hunderttausende, die ihn durch die Lektüre des „Wahren Jakob“ schätzen und lieben gelernt haben. Zur Hebung der Herzthätigkeit, dessen Ermattung bei dem turbulenten Manne zu schmerzlichen Bedenken Anlaß gab, verschrieb der Arzt zweimal Champagner. Das zweite Mal trank er davon mit Freunden, die ihm am Achermittwoch einen Krankenbesuch abstatteten. Dabei diktierte er nach der „Mensch.“ Post“ folgendes Gedicht, das hoffentlich noch nicht sein Schwanengesang ist:

Der Achermittwoch lebe hoch,
Der Freitag ist vorüber.
Wir pfeifen auf dem letzten Loch,
Im Bausche zwit das Fieber.

Der Gest, der seine Blasen frei
Zu Luft und Scherz getrieben,
Ward nun als würdige Arznei
Vom Doktor mit verschrieben.

So soll der Weltschmerzthäne gleich,
Dein Gest im Glosse verlen!
Ein Hoch dem alten Karrenreich
Und allen lustigen Kerlen!

Allerlei Zwangslagen. Aus Berchtesgaden wird der „Allgemeinen Zeitung“ berichtet: Der seltene Fall, daß ein Richter sich selbst richterlich verurtheilt, trat kürzlich beim hiesigen Amtsgericht ein. Der Oberamtsrichter, der einzige Richter des ganzen Gerichts, hatte gegen seine Dienstmagd eine Anzeige gemacht und sollte in dieser Sache vom „Egl. Amtsgerichte Berchtesgaden“ zeugeneidlich einvernommen werden. Aus dieser Verlegenheit kam man dadurch heraus, daß an das Landgericht Traunstein ein Bericht über die kritische Lage abging, das nun durch Präsidialbeschluss die Vernehmung des Richters von Berchtesgaden durch das nächstliegende Amtsgericht Reichenthal anordnete. — Ein heiteres Seitenstück zu diesem Vorkommniß haben wir bekanntlich unlängst nach der „Deutschen Verkehrszeitung“ wie folgt mitgetheilt: Ein Postbote in B. erhielt zur Befestigung einen Brief mit Zustellungsgebühr, der an ihn selbst gerichtet war. Pflichtgemäß begab er sich in die Wohnung des Adressaten, also in seine eigene Wohnung, und füllte dort den Zustellungschein in folgender Weise aus: „Ich begab mich in die Wohnung des Adressaten. Da ich ihn nicht zu Hause antraf, so stellte ich den Brief seiner Ehefrau zu.“

Die des Engländer zu Soldaten kommen. Der Sohn des Rentiers Schmidt in Swinemünde, welcher als Matrose auf einem englischen Schiffe von London fuhr, schrieb an seine Eltern einen Brief; darin heißt es, wie die „Swin. Ztg.“ berichtet: „Es ist Weihnachtsabend. Nachdem wir die Masten verloren haben, sind wir gestrandet. Das Großboot zerstellte bei dem Versuch, ins Wasser gelassen zu werden.“ Wie es weiter heißt, sind acht Mann der Besatzung ertrunken, die übrigen sieben Mann, unter welchen sich auch Schmidt befand, landeten nach 36stündiger Fahrt in Porti Nolit. Von hieraus wurden sie von der Seemannsbehörde nach Kapstadt geschickt, von wo fünf Mann nach Malmeßburg gebracht worden sind. Dort wurde Schmidt zur Kavallerie ausgehoben. Die Eltern haben bereits Schritte beim Auswärtigen Amt in Berlin gethan, um ihn wieder frei zu bekommen, da der junge Mann erst im 19. Lebensjahre steht.

Die Bodenschwankungen dauern im Kaukasus-Gebiet, wie speziell aus Schemacha gemeldet wird, fort. Bei dem Erdbeben sind sehr viele Menschen ums Leben gekommen. Am 14. Februar wurden gegen 200 Leichen ausgegraben. Die Ausgrabungen werden fortgesetzt, doch werden sie, da die Erdstöße fortbauern, sehr erschwert. Man glaubt, daß noch einige hundert Personen umgekommen sind, darunter viele Frauen, die sich in Badeanstalten befanden, als das Erdbeben stattfand. Der Bezirkshauptmann von Schemacha meldete am Sonnabend: Die Stadt ist jetzt fast vollständig zerstört, nur etwa ein Duzend weniger beschädigte Häuser blieben stehen. Zahlreiche Menschen sind getödtet worden. Die Kirche, Moschee, Kasernen und das Schahant sind zerstört, das Gefängnis und die Gebäude der Bezirksverwaltung sind fast beschädigt. 25 000 Einwohner sind nahrunglos und obdachlos. Sonnabend Vormittag um 10 1/2 Uhr dauerte das Erdbeben noch fort.

Sternschau-Vielmarkt.

Sonntag, 17. Februar.

Der Schweinehandel verlief gut. Ingefaßt wurden 350 Stück, davon vom Norden — von Süden — 22 Stück. Preise: Schweine — 11. Verkaufspreise: Schweine 60 — 62 M., Lichte 61 — 62 M., Sauen 53 — 59 M. und Ferkel 58 — 61 M. pr. 100 Stk.